

die schweizer wirtschaft 2010/2011

«Die Zusammenarbeit mit der Politik ist anspruchsvoller geworden.»»

Mit Gerold Bühler sprach Hanspeter Spörri; Bilder: Stahl Fotografie

Der Schweizer Wirtschaft geht es wesentlich besser als vor einem Jahr. Was ist der Grund?

Es geht der Wirtschaft heute sogar besser, als wir selbst erwartet haben. Schlüsselfaktoren sind die drei starken Standbeine: der Werk- und Forschungsplatz, der Finanzplatz und der Dienstleistungsplatz, insbesondere die gewachsene Präsenz in Asien. Hinzu kommt die globale Ausrichtung der Schweizer Wirtschaft, die ihre Konkurrenzfähigkeit in der jüngsten Rezession gestärkt hat. Was mir jedoch grosse Sorgen bereitet, ist die gravierende Verschuldungskrise in der westlichen Welt und die massive Aufwertung des Frankens.

Die Politik erwähnen Sie nicht?

Auch sie ist natürlich wichtig. Da ist zunächst die Finanzpolitik. Die Schuldenbremse hat wesentlich dazu beigetragen, dass die öffentlichen Finanzen nicht ins Rot fielen. Sie hat dadurch steuerpolitische Verlässlichkeit gebracht. Die Unternehmen in der Schweiz, auch jene, die neu hierhergekommen sind, finden stabile, berechenbare Verhältnisse vor. Das ist zweifellos das Verdienst der Politik.

Aber in der Politik droht die Stabilität verloren zu gehen.

Die traditionellen Parteien in der Mitte verlieren seit Jahren. Die bürgerlich-liberale Zusammenarbeit, wie sie in den 80er- und 90er-Jahren

sehr gut funktionierte, leidet seit Langem. Deshalb nimmt die Berechenbarkeit generell ab, vor allem auch in wirtschaftspolitischen Dossiers. Die kurzfristige Profilierung nimmt zulasten der Strategie immer mehr Raum ein.

Man zieht nicht mehr am gleichen Strick?

Ja, der bürgerlich-liberale Konsens ist zunehmend erschwert. Nicht zuletzt deshalb kam es beispielsweise zum Absturz der 11. AHV-Revision in der Schlussabstimmung. Und deshalb dauerte es so lange, bis man sich über den Staatsvertrag mit den USA in Sachen UBS einigen konnte. Für uns als Dachverband der



Es lohnt sich, gute Aufklärungsarbeit zu leisten, damit der Erfolgsfaktor Personenfreizügigkeit nicht politisch unter die Räder kommt.»

Wirtschaft ist die Zusammenarbeit mit der Politik anspruchsvoller geworden.

Driften auch die Interessen der Branchen mehr auseinander, die Sie in Ihrem Verband bündeln?

Seit der 2007 umgesetzten Strategiereform sind unsere Entscheidungswege verbreitert und klar strukturiert worden. economiesuisse tritt nun in zentralen Fragen geschlossen auf. Dies ist nebst der Überzeugungskraft der Botschaft zentral für unsere Durchschlagskraft. Aber durch die Fragmentierung der politischen Seite ist die Kommunikation schwieriger geworden.

In der Bevölkerung wächst das Misstrauen gegenüber der Politik.

In Deutschland war «Wutbürger» Wort des Jahres.

Die Politik ist aktionistischer geworden, sie richtet sich im Vergleich zu den 80er- oder 90er-Jahren mehr auf das mediale Echo aus. Vor allem überall dort, wo keine direkte Demokratie besteht, fühlen sich die Menschen aber oft ausgeschlossen, hin- und hergerissen und verunsichert.

Die grosse Bedeutung der zentralen wirtschaftspolitischen Pfeiler des schweizerischen Erfolgs – dazu gehören beispielsweise finanz- und steuerpolitische Solidität, das liberale Aktienrecht, offene Märkte, eine hohe Innovationskraft, ein flexibler Arbeitsmarkt – verliert man dadurch etwas aus den Augen.

Es ist aber doch verständlich, dass beispielsweise im Bankenbereich schärfere Regulierungen gefordert werden.

Wir waren in der Expertenkommission zur «Too big to fail»-Problematik vertreten und tragen deren Schlussbericht mit. Denn auch economiesuisse ist überzeugt, dass es für die Marktwirtschaft schädlich ist, wenn der Staat ein Unternehmen retten muss – nur weil es zu gross ist, um Konkurs gehen zu können. Nachträglich ist nun allerdings sichtbar geworden, dass abgesehen von der UBS die Schweiz und ihr Finanzplatz gut durch die Krise gekommen sind. Man denke nur an die dreistelligen Milliardenbeträge, die Deutschland, Frankreich und England einsetzen mussten.

Das Beispiel Island zeigt aber, dass die Risiken eines Finanzplatzes für ein kleines Land allenfalls zu gross sein können.

Deshalb die vorgesehenen Massnahmen! Die Banken müssen künftig vor allem über höhere Eigenmittel und ausreichende Liquidität verfügen. Dies stärkt ihre Widerstandskraft gegenüber Krisen. Es ist ein marktwirtschaftlicher Weg, anders als die Fonds, die in verschiedenen Staaten nun mit Abgaben der Banken geäufnet werden sollen.

Ein weiterer Grund für Unbehagen in der Bevölkerung ist die Einwanderung, die als Folge der Personenfreizügigkeit zugenommen hat.

Es gibt einzelne negative Effekte bei der Personenfreizügigkeit, das dürfen wir nicht ausblenden. Anstatt den bilateralen Weg infrage zu stellen, sind gerade bei der Infrastruktur gezielte Verbesserungen umzusetzen, etwa um die verstopften Pendlerzüge zu entlasten. Insgesamt aber ist die Bilanz

für die Schweiz deutlich positiv. Es lohnt sich, gute Aufklärungsarbeit zu leisten, damit dieser Erfolgsfaktor politisch nicht unter die Räder kommt. Denken Sie nur an die zusätzlichen Arbeitsplätze auch für Schweizer und die sehr tiefe Arbeitslosigkeit bei den Schweizerinnen und Schweizern von knapp über zwei Prozent. Auch das Steueraufkommen und die Sozialversicherungsbeiträge haben insgesamt klar profitiert.

Die Sorge um die AHV und die Zukunft der Sozialwerke hat dadurch etwas abgenommen.

Das geschieht immer, wenn die Konjunktur gut läuft und die AHV von steigenden Lohnsummen profitiert. Nichtsdestotrotz steigt die Lebenserwartung, worüber wir uns ja alle freuen. Längerfristig fällt dadurch das Verhältnis von Rentnern und Erwerbstätigen aber immer ungünstiger aus. Wir tun deshalb gut daran, die nötigen Reformen nicht zu schubladisieren und auch für die Sozialwerke eine Schuldenbremse einzuführen. Mit einer solchen wäre es beispielsweise bei der Invalidenversicherung nicht zu diesem gewaltigen Schuldenberg gekommen.

Neigt die Politik nicht grundsätzlich dazu, Probleme in die Zukunft zu verschieben?

Das trifft leider oft zu. Aber die solide Finanzierung der Sozialwerke ist wesentlich für das Vertrauen der Bevölkerung und die Akzeptanz der Marktwirtschaft. Die Wirtschaft steht deshalb hinter der sozialen Sicherung gegen Arbeitslosigkeit, für das Alter, gegen Invalidität und Krankheit. Im

Interesse der langfristigen Sicherung sind aber Reformen unabdingbar.

Die Leute geben mehr Geld aus, wenn sie diesen Sicherungen vertrauen.

Ja, da besteht ein Zusammenhang. Umso wichtiger ist es, dass die Stabilität der Sozialwerke im Auge behalten wird. Ich hoffe deshalb, die Sozialpartner und breite Kreise der Politik werden sich zu einer finanzpolitisch akzeptablen Lösung zusammenfinden. Wir werden nicht darum herumkommen, die Lebensarbeitszeit zu verlängern. In vielen Beschäftigungen ist man heute mit 65 Jahren nicht mehr beim alten Eisen. Es gibt allerdings belastende Arbeiten, bei denen es auch zukünftig Ausnahmen von einem höheren Rentenalter geben soll.

Weltweit ist momentan eine Tendenz zur Abschottung festzustellen. Auch daraus können langfristig Risiken erwachsen.

In der Tat steckt die für die Schweiz wichtige multilaterale Handelsliberalisierung in der Krise. Jeder zweite Franken stammt aus Geschäften mit dem Ausland. Als Folge der horrenden Staatsschulden betreiben nun viele Staaten wieder vermehrt eine Politik der Abschottung. Diese Tendenz ist für die Schweiz aus heutiger Sicht eine der grossen Herausforderungen.

Hinzu kommt die ökologische Problematik. Es hat sich gezeigt, dass die Energiegewinnung mit Risiken ver-

bunden ist, die nicht in jedem Fall zu beherrschen sind.

Die Sensibilität in Sachen Sicherheit ist durch die Ereignisse in Japan zweifellos massiv gestiegen. Die Entwicklung hin zu einem höheren Anteil der erneuerbaren Energien bietet Chancen für die Wirtschaft. Meine Sorge ist jedoch, dass die Politik auf diesem Feld wegen der anstehenden Wahlen allzu kurzfristig agiert. Lassen Sie mich klarstellen: Auch ich möchte die herkömmliche Kernenergie nur so lange, bis wir sie durch eine noch bessere und sichere Technologie ersetzen können. Wenn wir den Anteil von gegenwärtig 40 Prozent Nuklearenergie in unserem Strommix ersetzen wollen, braucht dies aber Zeit. Die Option Kernenergie muss wegen der möglichen Weiterentwicklung und der Unsicherheiten der erneuerbaren Energien offen gelassen werden. Von Versorgungssicherheit und vernünftigen Energiepreisen hängt das Überleben von Unternehmen und Arbeitsplätzen ab.

Zugleich verschieben sich die Gewichte in der Weltwirtschaft.

Im letzten Jahr hat die Schweiz zum ersten Mal in der Nachkriegszeit den Exportanteil in die aussereuropäischen Länder auf über 40 Prozent gesteigert, der Exportanteil in die EU ist auf unter 60 Prozent gefallen. Früher betrug dieser Anteil rund zwei Drittel. Auch das ist übrigens ein Beispiel für die gute Zusammenarbeit von Politik und Wirtschaft: Es ist gelungen, ein dichtes

Netz von Freihandelsabkommen mit aussereuropäischen Ländern zu schliessen. Momentan bestehen 23 dieser Verträge, und jetzt ist man dabei, Abkommen mit China und Indien abzuschliessen. Das zeigt: Die Ausen- und Wirtschaftspolitik, aber auch das Unternehmertum haben dieser Gewichtsverlagerung in Richtung Asien erfolgreich Rechnung getragen.

Grund, zufrieden zu sein?

Durchaus – aber Erfolg und Zufriedenheit dürfen nicht in Selbstgefälligkeit umschlagen. Fehler schlichen sich in der Wirtschaftsgeschichte oft in einer langen Phase des Erfolgs ein. Ich sehe daher eine wichtige Aufgabe von economistesuisse darin, Bevölkerung und Politik für die Wichtigkeit einer wettbewerbsfähigen Wirtschaft zu sensibilisieren. Nur so können Arbeitsplätze und eine hohe Lebensqualität gewährleistet werden.

Gerold Bührer

ist seit 2007 Präsident von economistesuisse. Von 1991 bis 2007 war er Mitglied des Nationalrats und gleichzeitig in verschiedenen Kommissionen aktiv. Er verfügt über ein abgeschlossenes wirtschaftswissenschaftliches Studium an der Universität Zürich (lic. oec. publ.) und hat mehrere Verwaltungsratsmandate inne, unter anderem Swiss Life und Georg Fischer. Seit 2008 ist er Mitglied des Bankrats der Schweizerischen Nationalbank.



Erfolg und Zufriedenheit dürfen nicht in Selbstgefälligkeit umschlagen.»



«Für eine sichere Energieversorgung benötigen wir einen zuverlässigen Strommix.»»



Mit Pascal Gentinetta sprach Edgar Bloch; Bilder: Stahl Fotografie

Der Bundesrat und der Nationalrat wollen bis 2034 aus der Atomenergie aussteigen. Dieser Umschwung bildet die Konsequenz der Katastrophe von Fukushima. Handelt es sich um eine unumkehrbare Wende in der schweizerischen Energiepolitik? Bei jeder Tragödie müssen wir die Ursachen und Folgen genau und gründlich prüfen. Die Katastrophe von Fukushima hat grosse Betroffenheit ausgelöst. Das ist verständlich. Allerdings sollte der Ausstieg aus der Kernkraft nicht übereilt und ohne

Alternative vollzogen werden. Die Entscheidung muss reiflich durchdacht werden. Alle Interessen sind sorgfältig gegeneinander abzuwägen.

economiesuisse hatte den Bundesrat aufgefordert, keine übereilten Entscheidungen zu treffen. War es realistisch, in einem Wahljahr angesichts der verständlichen Beunruhigung der Bevölkerung abwarten zu wollen?

Der Bundesrat hat zwar angemessen reagiert, indem er die laufenden Ver-

fahren für allgemeine Bewilligungen für Ersatzkraftwerke sistiert hat. Wir bedauern aber, dass die seither übereilt gefassten Beschlüsse nicht Teil einer konsequenten, langfristigen Strategie sind. Das vom Nationalrat beschlossene Konzept trägt einem besonderen Aspekt nicht genügend Rechnung: Die Laufzeit der ersten drei Atomkraftwerke endet zwischen 2020 und 2022. Gleichzeitig laufen die Lieferverträge mit Frankreich nach und nach aus. All dies führt zu einem gravierenden Engpass in der Strom-

versorgung. Kurzfristig erfordern die getroffenen Entscheidungen den Bau zahlreicher Gaskombikraftwerke. Auch wenn dies angesichts der Klimafolgen der CO₂-Emissionen nicht optimal ist.

Die Schweiz bezieht heute 40 Prozent ihres Stroms aus Kernenergie. Was muss die Schweiz tun, um eine unabhängige, mit der Sicherheit der Bevölkerung und der Wirtschaft verträgliche Energieversorgung zu gewährleisten?

Die Stromversorgung beruht auf zwei Säulen: 55 Prozent unserer Elektrizität stammen aus erneuerbarer Wasserkraft, 40 Prozent aus Kernkraft. Rund zwei Prozent werden aus den neuen erneuerbaren Energiequellen gewonnen. Mit diesem Mix werden verschiedene Quellen intelligent kombiniert, um dank der Stauwerke und der bestehenden Kernkraftwerke eine sichere Energieversorgung zu garantieren. Wasserkraft und Kernkraft bieten im Übrigen als einzige Energiequellen den Vorteil, dass grosse Reserven gebildet werden können, um die starken saisonalen Verbrauchsschwankungen auszugleichen. Die Diversifizierung gewährleistet auch eine saubere und umweltverträgliche Stromproduktion: Wasserkraft verursacht nur vier Gramm CO₂/kWh und Kernkraft acht Gramm CO₂/kWh. Zum Vergleich: Gas verursacht Emissionen von 400 bis 500 Gramm CO₂/kWh. Der Strompreis bleibt ausserdem sehr wettbewerbsfähig. Wasser- und Kernkraft kosten nur sechs bis acht Rappen/kWh.

Manche Kreise plädieren sogar für ein gebremstes Wirtschaftswachstum, um die Abhängigkeit von der Kernkraft zu überwinden. Was halten Sie davon?

Dieser Gedanke geht entweder von einem demografiebedingten Energie- und Strombedarfsrückgang aus oder von einer Abkoppelung der Nachfrage vom Wirtschaftswachstum. Der technologische Fortschritt ermöglicht gewiss grosse Effizienzgewinne, aber gleichzeitig setzen unsere Verbrauchsweisen immer mehr elektronische Geräte voraus. Wir stehen vor einer gesellschaftlichen Entscheidung. eco-

nomiesuisse plädiert für die individuelle Verantwortung. Im Übrigen sind alle freiwilligen Anstrengungen der Industrie im Rahmen unserer Energie-Agentur der Wirtschaft (EnAW), die ich präsidiere, sehr zu begrüßen. Die 2000 Mitgliedsunternehmen der EnAW, die ein Sechstel der gesamten schweizerischen Stromnachfrage ausmachen, haben heute ihren gesamten Jahresverbrauch um zehn Prozent verringert. Dies entspricht einer Milliarde Kilowattstunden (1 TWh). Dieses erfolgreiche Modell der freiwilligen Mitwirkung der Unternehmen muss unbedingt weitergeführt werden – auch wenn das Parlament das Bestehen der EnAW im Rahmen der Revision des CO₂-Gesetzes infrage stellen will.

Werden Sie sich für eine noch intensivere Nutzung der Wasserkraft engagieren? In Betracht kommt zum Beispiel ein Kapazitätsausbau der bestehenden Kraftwerke wie des Pumpspeicherkraftwerks Grimsel.

Alle realistischen Möglichkeiten für eine verstärkte Versorgung aus erneuerbaren Energiequellen sollten ausgetestet werden. In diesem Sinn bleibt die Wasserkraft die verlässlichste Energiequelle «par excellence». Wir unterstützen deshalb Massnahmen wie die Staumauererhöhung an der Grimsel. Das Verbesserungspotenzial ist aber mit nur zwei TWh, das heisst fünf Prozent der gesamten Stromproduktion, begrenzt. Zudem ist zu bedenken, dass viele Umwelt- und Naturschutzkreise die Kapazitätsaufstockung der Staudämme vehement ablehnen.

Kurz- und mittelfristig bilden Gaskraftwerke also eine Zwischenlösung. Was werden Sie tun, um die Politik dafür zu gewinnen, einen Teil der CO₂-Emissionen im Ausland zu kompensieren?

Die Diskussion muss im Rahmen der CO₂-Gesetzesrevision stattfinden. Entgegen unserer Stellungnahme will das Parlament die Betreiber zwingen, alle Massnahmen zur Kompensation der CO₂-Emissionen nur durch einheimische Reduktionen von etwa 20 Prozent durchzuführen. Diese

Massnahmen sind aber weder in wirtschaftlicher noch in umweltpolitischer Hinsicht sinnvoll: Die Reduktion einer Tonne CO₂ kostet im Ausland 15 bis 20 Franken gegenüber 30, 100 oder sogar 500 Franken in der Schweiz. Wir müssen eine globale Lösung des Emissionsproblems finden. Der Preis muss dabei realistisch sein. Es ist wichtig, dass das Parlament die Konsequenzen seiner Entscheidungen offenlegt und die richtigen Schlüsse daraus zieht.

Wird economiesuisse sich nachdrücklicher für die Förderung der weiterhin teuren erneuerbaren Energien einsetzen?

Häufig heisst es, dass sich die Schweiz diesbezüglich nicht genügend anstrengt. Ich stelle jedoch fest, dass unser Land mit einer Gesamtproduktion von gegen 60 Prozent, davon 55 Prozent Wasserkraft, hier sogar Spitzenreiter ist. Daneben darf die Schweiz die neuen erneuerbaren Energiequellen (Wind- und Sonnenenergie, Biomasse) nicht vernachlässigen. Allerdings muss sich erst noch erweisen, ob diese neuen Energiequellen ökonomisch tragfähig sind und in der Schweiz in grossem Umfang produziert werden können. Ungelöst bleibt auch die Frage der Speicherung.

Hat economiesuisse eine Kosten-Nutzen-Rechnung dieser vielversprechenden Energiequellen durchgeführt?

Für die Unternehmen bleibt ein wettbewerbsfähiger Preis das entscheidende Kriterium. Die Produktion von



Alle realistischen Möglichkeiten für eine verstärkte Versorgung aus erneuerbaren Energiequellen sollten ausgetestet werden.»



Es herrscht Einigkeit, dass eine sichere und unabhängige Versorgung garantiert werden muss.»



Pascal Gentinetta

ist seit dem 1. Oktober 2007 Vorsitzender der Geschäftsleitung von economiesuisse, wo er bereits seit 1999 für die Finanz- und Steuerpolitik verantwortlich war. Pascal Gentinetta studierte Wirtschafts- und Rechtswissenschaften an der Universität St. Gallen (HSG) und erwarb das Doktorat in Wirtschaftswissenschaften. Von 1996 bis 1999 arbeitete er als Ökonom für die Finanzierung von Infrastrukturprojekten beim Eidgenössischen Finanzdepartement. Seit 2008 ist er Präsident der Energie-Agentur der Wirtschaft und Stiftungsratsmitglied des Klimarappens.

Wasserkraft und von Kernkraft kostet heute zwischen sechs bis acht Rappen/kWh, Windenergie kostet 20 Rappen/kWh und Sonnenenergie zwischen 30 und 60 Rappen/kWh. Die technologische Entwicklung wird sicher zu einem Preisrückgang für erneuerbare Energien führen, aber das Risiko, auf eine zu teure Produktion zu setzen, besteht weiterhin. Zudem sollte man hinsichtlich der Kapazität dieser Energiequellen, unseren gesamten Energiebedarf zu decken, realistisch bleiben – selbst wenn die Produktion drastisch erhöht würde.

Wie bringt economiesuisse die oft unvereinbaren Interessen zwischen den Stromunternehmen und den andern Wirtschafts- und Industrie-sektoren unter einen Hut?

In 95 Prozent der Fälle vertreten wir die gleichen Meinungen. Allerdings liegt es in der Natur der Sache, dass die Stromproduzenten von möglichst hohen Preisen und die energieverbrauchenden Unternehmen von mög-

lichst niedrigen Preisen profitieren wollen. In diesen punktuellen Fragen gehen logischerweise die Ansichten unter unseren Mitgliedern auseinander, aber es herrscht Einigkeit, dass eine sichere und unabhängige Versorgung garantiert werden muss.

Rechnet die Schweizer Wirtschaft mit neuen internationalen CO₂-Massnahmen? Ist sie für diese Herausforderung gewappnet?

Es müssen neue globale Ziele festgelegt werden. Vor diesem Hintergrund kommt ein Alleingang für die Schweiz nicht infrage. Die Ergebnisse, die auf die freiwilligen Massnahmen der Schweizer Wirtschaft zurückgehen, übertreffen heute schon unsere Erwartungen. Die EnAW und die Stiftung Klimarappen sind zu weiteren Bemühungen bereit, sofern das Parlament ihnen erlaubt, ihre Tätigkeiten nach 2012 erfolgreich fortzusetzen. Heute sind die erforderlichen Rahmenbedingungen leider nicht vorhanden.

Wirtschaftspolitik im Wahljahr. Für die eidgenössischen Wahlen 2011 hat economiesuisse www.elections.ch lanciert – eine umfassende Plattform zu wirtschaftspolitischen Themen.

Umfassende Hintergrundinformationen

Finanzmarktregulierung, Europapolitik, Energieversorgung, Klimapolitik, Aktienrecht, Steuer- und Sozialpolitik sind nur einige der politisch «heissen Eisen», mit denen sich die Kandidatinnen und Kandidaten für den National- und Ständerat im Wahljahr 2011 auseinanderzusetzen haben. Ihnen und allen anderen wirtschaftspolitisch Interessierten stellt economiesuisse eine Wahlplattform bereit, die eine optimale Vorbereitung auf öffentliche Debatten und Medienauftritte ermöglicht. Kernstück des kostenlosen Angebots ist die Internetseite www.elections.ch. Hier findet sich eine umfassende Palette an Hintergrundinformationen: Elf Dossiers mit insgesamt 37 Faktenblättern setzen sich mit jenen wirtschaftspolitischen Themen auseinander, die die Schweiz 2011 bis 2015 stark beschäftigen werden. Und sie zeigen die aus Sicht der Wirtschaft vielversprechendsten Lösungen auf.

Kandidatentest zur Wirtschaftsfreundlichkeit

In einem Selbsttest können die Kandidatinnen und Kandidaten überprüfen, wie wirtschaftsfreundlich ihre Positionen sind. Der Test ist mit Behauptungen zu wirtschaftspolitischen Themen aufgebaut.

Zu jeder Behauptung finden die Kandidierenden einen Link auf das entsprechende Faktenblatt, um zu überprüfen, wo ihre Positionen von denen der Wirtschaft abweichen. Die Wirtschaftsfreundlichkeit wird mit einer Prozentzahl angegeben. Daneben zeigt eine smartspider-Grafik die wirtschaftspolitische Position auf. Den Kandidatinnen und Kandidaten steht es frei, die Resultate für die Wählerinnen und Wähler zu veröffentlichen. Der Wirtschaftstest steht auch nicht Kandidierenden zur Verfügung.

Ebenfalls zum Angebot von elections.ch gehören die Broschüre «das macht die schweiz erfolgreich», die einen kurzen Überblick über die wichtigsten Themen der kommenden Legislatur gibt, sowie Veranstaltungen zu wirtschaftspolitischen Themen und Medientrainings für Kandidierende. Noch freie Daten für Medientrainings sind auf der Website angegeben.



Zu folgenden Themen stehen Faktenblätter als PDF zum Herunterladen auf www.elections.ch bereit:

► Allgemeine Wirtschaftspolitik

Wirtschaftsstandort Schweiz
Konjunkturpolitik
Geld- und Währungspolitik
Finanzmarktregulierung
Finanzplatz Schweiz

► Aussenwirtschaft

Schweiz - EU
WTO- und Freihandelsabkommen

► Steuern

Steuersouveränität (international)
Steuerwettbewerb (interkantonal)
Unternehmenssteuerreform III
Mehrwertsteuer
Besteuerung natürliche Personen

► Finanzen

Öffentliche Finanzen
Schuldenbremse
Neuer Finanzausgleich und Föderalismus

► Infrastruktur

Übersicht Infrastruktur
Verkehrsinfrastrukturen
Luftverkehr
Postmarkt
Telekommunikation
Digitale Agenda

► Energie und Umwelt

Stromlücke
Klimapolitik

► Bildung und Forschung

Hochschulpolitik
Obligatorische Schule
Innovation in der Schweiz
Gentechnologie

► Wettbewerb und Regulierung

Aktienrecht & Corporate Governance
Konsumentenrecht
Markenschutz
Raumplanung
Wettbewerbspolitik

► Sozialpolitik

Übersicht Sozialversicherungen
Alters- und Hinterlassenenversicherung
Invalidenversicherung

► Gesundheit

Gesundheitspolitik

► Landwirtschaft

Landwirtschaftspolitik

Das Vertrauen ist zurück, doch es bleiben Fragezeichen. Die Frankenstärke bremst die wirtschaftliche Dynamik.



Rudolf Minsch

Der promovierte Ökonom ist Mitglied der Geschäftsleitung und Chefökonom von economiesuisse. Er leitet den Bereich Allgemeine Wirtschaftspolitik und Bildung. Rudolf Minsch ist zudem für die Weiterentwicklung des volkswirtschaftlichen Simulationsmodells SwissSim im Rahmen der Weiterbildungsstufe der Universität St. Gallen verantwortlich und ist dort auch als Referent tätig. Darüber hinaus wirkt Rudolf Minsch als Gastprofessor für Wirtschaftspolitik an der Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW) Chur.

Der Aufschwung der Schweizer Wirtschaft im vergangenen Jahr hat alle Erwartungen übertroffen. Viel rascher als prognostiziert wurde das Jammertal der weltweiten Krise verlassen, in allen Quartalen wurden erfreuliche Wachstumsraten verzeichnet. Damit hat sich die Wirtschaft in der Schweiz deutlich schneller erholt als in vielen anderen Ländern. Die Exporte trugen das Ihre dazu bei, ebenso der anhaltend starke Privatkonsum. Ganz offensichtlich ist das Vertrauen in die Stabilität des Wirtschaftssystems zurückgekehrt. Die Investitionen waren 2010 ein starker Wachstumsimpuls.

Ausblick für 2011/2012

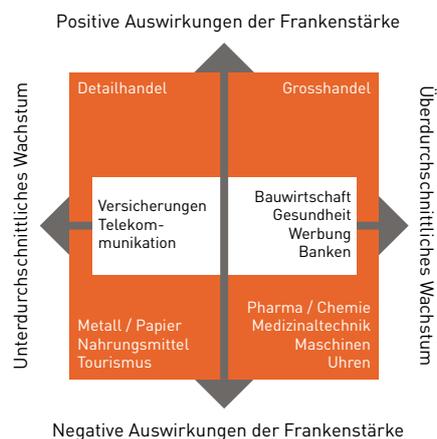
Trotz dieser positiven Signale darf nicht übersehen werden, dass die vergangene Finanz- und die anhaltende Schuldenkrise noch lange Schatten werfen. In diversen Ländern der Euro-Zone wie Griechenland, Irland und Portugal haben sie die seit Langem bestehenden Strukturprobleme schonungslos offengelegt. Sie zu überwinden, wird noch Jahre in Anspruch nehmen. Dies hat auch spürbare Folgen für die Schweiz. Der Wechselkurs des Euro ist kurz vor Jahresende zum ersten Mal überhaupt

«Es wäre kontraproduktiv, den Schweizer Finanzplatz ohne Rücksicht auf das internationale Geschehen schärfer zu regulieren.»

unter 1.25 Franken gefallen, und bis heute hat sich die europäische Einheitswährung nicht nachhaltig erholt. Die Schuldenkrise betrifft aber auch OECD-Staaten ausserhalb der EU, darunter die USA. In den vergangenen zwölf Monaten erfuhr der US-Dollar eine konstante Abwertung – eine Folge der gewaltigen Ausweitung der Geldmenge durch die amerikanische Notenbank.

Die aktuellen Wechselkurse zum Euro und zum Dollar belasten die Schweizer Tourismusbranche und die Exportwirtschaft stark. In der Textil-, Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie bremsen sie den Aufschwung spürbar, was besonders KMU's betrifft. economiesuisse geht trotzdem davon aus, dass der Schweizer Wirtschaftsmotor in naher Zukunft nicht ernsthaft ins Stottern kommen wird. 2012 ist eine konjunkturelle Abkühlung zu erwarten. Der anhaltend starke Franken hat je-

Konjunkturelle Tendenzen



Quelle: eigene Darstellung.

Die aktuellen Wechselkurse zum Euro und zum Dollar stellen für die Schweizer Tourismusbranche und für die Exportwirtschaft eine grosse Belastung dar.

Mehr Autonomie für die Hochschulen. Die Profile einzelner Bildungsinstitutionen soll nicht der Staat festlegen.

doch langfristige Auswirkungen auf den Industriestandort: Bei Investitionsentscheidungen kann die Waage aufgrund der Wechselkursproblematik häufiger zugunsten anderer Währungsgebiete kippen. Damit es nicht zu einer stärkeren Deindustrialisierung der Schweiz kommt, sind die hiesigen Unternehmen gezwungen, hohe Innovationsleistungen zu erbringen.

«Too big to fail»: Finanzmarktregulierung mit Augenmass

Im Zentrum der wirtschaftspolitischen Entscheide steht 2011 einmal mehr der Schweizer Finanzplatz. Die Ereignisse der Jahre 2008 und 2009 haben deutlich vor Augen geführt, dass der Konkurs grosser Finanzinstitute weitreichende Folgen für die gesamte Wirtschaft haben und eine unheilvolle Kettenreaktion auslösen kann. Die Schweiz als Standort zweier Grossbanken ist in dieser Hinsicht besonders exponiert. *economiesuisse* begrüsst, dass die Expertenkommission des Bundes im Herbst 2010 ein Massnahmenpaket vorgelegt hat, das dem Problem des «Too big to fail» mit einem ganzheitlichen Ansatz begegnet. Die vorgesehenen Instrumente sind dazu geeignet, den Finanzplatz zu stärken und die Schweiz vor einer weiteren Rettungsaktion, wie sie für die UBS nötig wurde, zu bewahren.

Es wäre allerdings kontraproduktiv, den Schweizer Finanzplatz ohne Rücksicht auf das internationale Geschehen schärfer zu regulieren: Die Wettbewerbsfähigkeit hiesiger Grossbanken würde damit über Gebühr beschnitten. Zwar steht *economiesuisse* klar dafür ein, dass die Eigenkapitalvorschriften in der Schweiz strenger ausfallen als andernorts. Doch ist es unabdingbar, sich die Möglichkeit von Anpassungen offenzuhalten, falls auf anderen wichtigen Finanzplätzen nicht einmal die Basel-III-Standards durchgesetzt werden sollten.

Hochschulpolitik: Sorgenkind HFKG

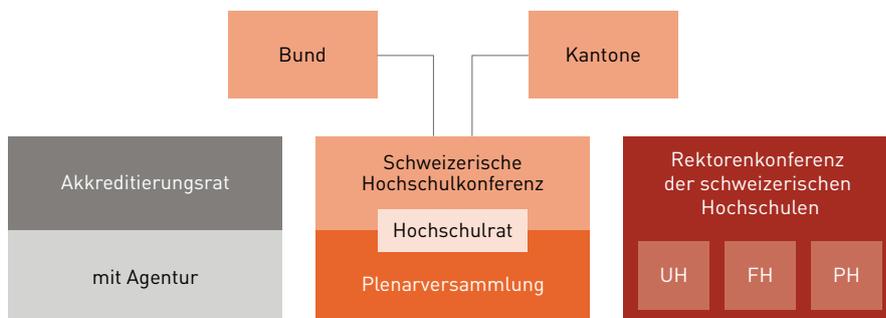
Nicht nur der Finanzplatz, auch der Bildungsstandort Schweiz steht vor grundlegenden Reformen. Im Hochschulbereich soll die bisher wenig strukturierte Partnerschaft von Bund und Kantonen neu geregelt werden. Das vom Bundesrat ans Parlament überwiesene Hochschulförderungsgesetz (HFKG) bezweckt zweierlei: Einerseits werden die Verfahren einer Koordination und gemeinsamen Qualitätssicherung im Hochschulbereich definiert. Andererseits wird geregelt, nach welchen Kriterien die einzelnen Bildungsinstitutionen Bundesbeiträge erhalten. Diesen sinnvollen Ansätzen steht jedoch eine ganze Reihe negativer Punkte gegenüber. Die Kantone erhalten mit dem HFKG eine dominierende Rolle in der Hochschulpolitik, was die Autonomie der einzelnen Institutionen stark eingrenzt. Es erschwert diesen, sich stärker auf den Markt auszurichten und sich im internationalen Wettbewerb erfolgreich zu positionieren. Insgesamt vertraut das HFKG zu stark auf planwirtschaftliche Elemente und riskiert so schwerwiegende Fehlentwicklungen.

«Die Kantone erhalten mit dem HFKG eine dominierende Rolle in der Hochschulpolitik.»

Trotz Steigerung im PISA-Test sind weitere Verbesserungen nötig

Die im Dezember 2010 von der OECD veröffentlichte neueste PISA-Studie zeigt gegenüber den Vorjahren eine leichte Verbesserung der schulischen Kompetenzen von Schweizer Jugendlichen. In den drei Kernbereichen Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften liegt die Schweiz über dem OECD-Durchschnitt. Damit darf sie sich jedoch nicht zufriedengeben, denn der Abstand zu den besten Nationen ist nach wie vor zu gross. Die Volksschule muss vermehrt Prioritäten setzen. Erstsprache und Mathematik sind nach wie vor Dreh- und Angelpunkt für die gesellschaftliche und berufliche Karriere. Verstärkt muss das Interesse der Jugendlichen an technischen und naturwissenschaftlichen Fächern und Berufen geweckt werden. Seitens der Wirtschaft sind die entsprechenden Bemühungen bereits heute enorm.

Neugliederung der Hochschulorgane gemäss HFKG



UH: Universitäre Hochschulen; FH: Fachhochschulen; PH: Pädagogische Hochschulen
Quelle: Staatssekretariat für Bildung und Forschung.

Die Gliederung der Hochschulorgane wird mit dem HFKG deutlich vereinfacht. Zentrales Organ soll künftig die Hochschulkonferenz sein, die von den Kantonen dominiert wird.

Zugang zum Weltmarkt schaffen. Schweizer Unternehmen müssen sich auf vorhersehbare Spielregeln im internationalen Wirtschaftsaustausch verlassen können.



Jan Atteslander

ist Mitglied der Geschäftsleitung und leitet den Bereich Aussenwirtschaft. In seiner Funktion vertritt der Berner Ökonom *economiesuisse* in der Expertengruppe Zahlungsbilanz der Schweizerischen Nationalbank. Er ist national wie international bei ICC aktiv, Mitglied des «Committee on Multinational Enterprises and International Investment» des BIAC sowie im EFTA Consultative Committee.

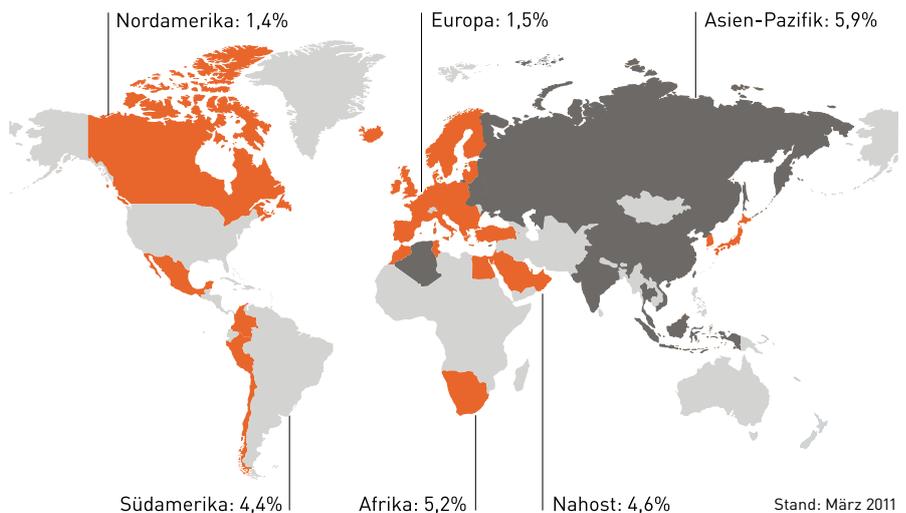
Den Abschottungstendenzen entgegenwirken

Als Folge der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise versuchen immer mehr Staaten, ihre Märkte abzuschotten. Sie erhöhen Zölle, führen Klauseln für den Kauf heimischer Produkte ein und behindern Investitionen. Allein die Staaten der G-20 haben in den letzten zwei Jahren knapp 400 wettbewerbsbeschränkende Massnahmen ergriffen. Rund 90 davon betreffen die Schweiz direkt. Umso wichtiger ist es, dass die nach wie vor blockierten WTO-Verhandlungen einen Abschluss finden. Dieser würde der Weltwirtschaft einen nachhaltigen Impuls geben. Gemäss einer Studie des Peterson Institute for International Economics würde weltweit jährlich ein zusätzliches Wachstum von 300 bis 700 Milliarden Dollar generiert.

Freihandelsabkommen stärken Wettbewerbsfähigkeit

Ein weiteres erfolgreiches Instrument, unseren Unternehmen einen diskriminierungsfreien Zugang zu ausländischen Absatzmärkten zu ermöglichen, sind bilaterale Freihandelsabkommen. Die Schweiz hat bis heute 26 solcher Abkommen geschlossen. Für die weitere Entwicklung gilt: Qualität vor Quantität. Im Vordergrund stehen Abkommen mit wichtigen Wachstumsmärkten wie Russland, Indien und China. Dabei muss der Zugang mindestens so gut wie jener der wichtigsten ausländischen Konkurrenten sein. Bedeutend sind umfassende Abkommen, die neben der Liberalisierung des Warenhandels auch Dienstleistungen, Investitionen, öffentliches Beschaffungswesen, Handelserleichterungen, den Schutz des geistigen Eigentums und den Wettbewerb abdecken.

Freihandelspartner der Schweiz (Jahr des Inkrafttretens des Abkommens) Durchschnittliches BIP-Wachstum zwischen 2005 und 2009



Mit diesen Ländern ist ein Freihandelsabkommen

■ unterzeichnet und /oder in Kraft ■ in Verhandlung oder Verhandlung in Vorbereitung

Quelle: OECD Economic Outlook.

Schweiz und EU: wichtig füreinander

Die wichtigsten Exportmärkte 2010

Die wichtigsten Exportmärkte der EU	Die wichtigsten Exportmärkte der Schweiz
1. USA	EU
2. China	USA
3. Schweiz	China
4. Russland	Japan

Quellen: Eurostat und Eidg. Zollverwaltung.

Zollkosten senken

Seit dem 1. Januar 2011 verlangt die Schweiz im Handel mit Nicht-EU-Staaten zusätzliche Daten und führt Risikoanalysen durch. Die Umsetzung verläuft bislang gut. Demnächst wird in der Schweiz der AEO-Status (Authorized Economic Operator) eingeführt. Im Vordergrund müssen dabei eine einfache und schnelle Zertifizierung sowie die internationale Anerkennung stehen. Denn im Durchschnitt fallen für jedes exportierende Unternehmen mehrere Tausend Zolldeklarationen pro Jahr an. Jede einzelne verursacht Kosten. Auf nationaler und internationaler Ebene gibt es Bemühungen, die Interaktion zwischen Unternehmen und Zoll sowie zwischen den Zollbehörden mittels Informatiklösungen zu vereinfachen.

AUNS-Initiative schränkt ausenwirtschaftspolitische Handlungsfähigkeit ein

Die stabilen Rahmenbedingungen, auf die die Unternehmen im Ausland angewiesen sind, werden durch ein dichtes Netz von Staatsverträgen gewährleistet. Die AUNS will nun mit ihrer Initiative «Staatsverträge vors Volk» das obligatorische Referendum für alle sogenannten «wichtigen» Staatsverträge einführen. Volk und Stände hätten zu übermässig vielen Staatsverträgen Stellung zu nehmen, was die Schweizer Handlungsfrei-

heit massiv einschränken würde. Die zeitgerechte Umsetzung von Staatsverträgen sowie die Glaubwürdigkeit der Schweiz als verlässliche Vertragspartnerin wären infrage gestellt – sehr zum Nachteil der international ausgerichteten Schweizer Wirtschaft. *economiesuisse* lehnt die Initiative deshalb entschieden ab.

Der bilaterale Weg mit der EU bleibt die beste Option

Die EU ist der wichtigste Handelspartner der Schweiz. Und umgekehrt ist die Schweiz nach den USA und nach China der drittgrösste Kunde im Warenhandel der EU. Für beide Parteien sind deshalb gute Beziehungen und verlässliche Rahmenbedingungen wichtig. Im Licht der dynamischen Entwicklungen ist es wichtig, die grundlegenden Positionen der schweizerischen Europapolitik zu überprüfen. *economiesuisse* hat im Mai 2010 als erste Organisation eine Neu- beurteilung vorgenommen. Der Bericht ist in enger Zusammenarbeit mit den Mitgliedern von *economiesuisse* erarbeitet worden. Trotz der Vielfältigkeit der Branchen und Unternehmensgrößen ist die Schlussfolgerung bei den 120 Mitgliedern, die rund 30 000 Unternehmen repräsentieren, breit abgestützt und eindeutig: Aus Sicht der Wirtschaft ist die Fortsetzung des bilateralen Wegs unter den gegenwärtigen und absehbaren Bedingungen die beste europapolitische Option.

Bewährte Abkommen

Der bilaterale Weg hat sich für die Schweiz mehr als bewährt. Der freie Marktzugang für Industriegüter und das Personenfreizügigkeitsabkommen haben der Schweizer Wirtschaft geholfen, weiter zu wachsen. So dürfte das Bruttoinlandsprodukt (BIP) allein dank der Personenfreizügigkeit um vier bis fünf Milliarden Franken gestiegen sein. In vielen Bereichen ist die Schweizer

«*economiesuisse* hat im Mai 2010 als erste Organisation eine Neu- beurteilung der Europapolitik vorgenommen.»

Wirtschaft auf gutes Personal aus dem EU-Raum angewiesen.

Klärung institutioneller Fragen und künftige Abkommen

Um institutionelle Fragen zu klären, haben die Schweiz und die EU im Sommer 2010 eine gemeinsame Arbeitsgruppe eingesetzt, die untersucht, wie die Weiterentwicklung der Gesetzgebung in den Abkommen besser berücksichtigt werden kann. Das ist sinnvoll. Eine automatische Übernahme von EU-Recht lehnt *economiesuisse* hingegen ab. Wo gegenseitige Interessen bestehen, können die Beziehungen aber noch intensiviert werden. Die Wirtschaft unterstützt bilaterale Abkommen im Agrar- und Lebensmittelbereich, im Chemikalienrecht und beim Stromhandel. Im Steuerbereich gilt es, die Steuersouveränität zu bewahren und erforderliche Reformen autonom und im Eigeninteresse voranzutreiben. Die wirtschaftliche Bedeutung des Dienstleistungssektors ist in der Schweiz und der EU sehr gross. Trotzdem behindern noch immer hohe Barrieren den gegenseitigen Marktzugang. Ein umfassendes Dienstleistungsabkommen bedingt jedoch einen grossen bürokratischen Aufwand und wird deshalb im Moment abgelehnt. Eine Verbesserung des gegenseitigen Marktzugangs für Finanzdienstleistungen wäre dagegen prüfenswert. Derzeit wird abgeklärt, ob die genannten Abkommen in einem ganzheitlich koordinierten Vorgehen ausgehandelt werden sollen.

Steuerreformen für einen starken Standort.

Bei steigendem Finanzbedarf vieler Staaten geht der internationale Steuerwettbewerb weiter. Die Schweiz muss darum ihr Steuersystem laufend optimieren.



Urs Furrer

ist Mitglied der Geschäftsleitung und leitet seit Herbst 2010 den Bereich Finanz- und Steuerpolitik. Er stiess 2004 zu economiesuisse. Vorher arbeitete er während mehrerer Jahre als Rechtsanwalt für ein international tätiges Wirtschaftsprüfungs- und Beratungsunternehmen.

In der Wirtschaftskrise hat sich der Finanzbedarf vieler Staaten massiv vergrössert. Der steuerpolitische Druck auf wettbewerbsfähige Wirtschaftsstandorte steigt. Gerade die an Rohstoffen arme Schweiz mit ihrem kleinen Binnenmarkt ist darauf angewiesen, im internationalen Standortwettbewerb den Unternehmen andere Vorteile bieten zu können. Ein solcher – zentraler – Vorteil ist ein günstiges Steuerklima. Dieses beeinflusst die Standortentscheide von Unternehmen wesentlich.

Ein attraktives Steuerumfeld ist deshalb eine zentrale Voraussetzung für Arbeitsplätze und Wohlstand in der Schweiz.

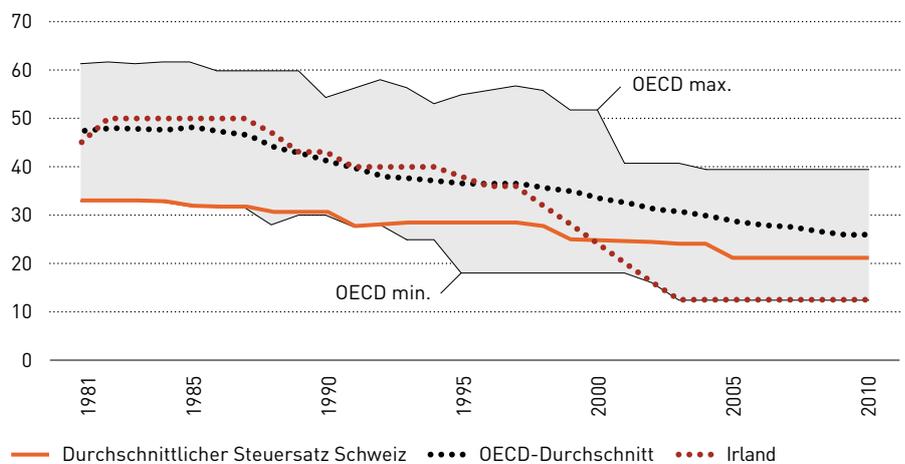
Dank aktiver Steuerpolitik konkurrenzfähig bleiben

Die Unternehmenssteuerreformen der vergangenen Jahre auf kantonaler und eidgenössischer Ebene waren ein Erfolg für den Standort Schweiz. Dieser Erfolg muss im internationalen Steuerwettbewerb verteidigt werden. Einerseits streben Organisationen wie die EU oder die OECD eine Harmonisierung von Steuersystemen an. Andererseits optimieren Einzelstaaten ihre Steuersysteme laufend, vorhandene Freiräume werden gezielt genutzt. Viele Länder beschaffen sich die aktuell benötigten Zusatzmittel viel eher über höhere Konsum- und andere Verbrauchssteuern als über eine Anhebung der Unter-

«Die Unternehmenssteuerreformen der vergangenen Jahre auf kantonaler und eidgenössischer Ebene waren ein Erfolg für den Standort Schweiz.»

Kombinierte Steuersätze auf Unternehmensgewinne

In Prozent, 1981 bis 2010



Die Steuersätze auf Unternehmensgewinne sinken. Die Schweiz hat auf diese Entwicklung reagiert. So liegt der durchschnittliche Gewinnsteuersatz in der Schweiz weiterhin unter demjenigen der OECD. Allerdings ist der grosse Vorsprung, der noch vor 20 Jahren bestand, verloren gegangen.

Unverändert nötige Strukturreformen. Die Schweiz hat die Krise dank der Schuldenbremse gut gemeistert. Sie muss aber an einer massvollen Ausgabenpolitik festhalten.

«Bestehende Standorthürden wie zum Beispiel die Emissionsabgabe sind abzuschaffen.»

nehmensgewinnsteuern. Bei Letzteren geht der internationale Konkurrenzkampf weiter.

Dieser Herausforderung muss sich die Schweiz mit einer aktiven Steuerpolitik stellen. Bestehende Nachteile sind konsequent abzubauen und Möglichkeiten für Optimierungen autonom auszuschöpfen. Standorthürden wie zum Beispiel die Emissionsabgabe sind abzuschaffen. Und tiefe Gewinnsteuersätze sind die folgerichtige Antwort auf den anhaltenden Trend zur Senkung der Gewinnsteuersätze in anderen Ländern.

Attraktives Steuerumfeld führt zu Mehreinnahmen

Die Unternehmenssteuerreformen der letzten Jahre haben sich auch aus Sicht der Staatskasse gelohnt: So haben sich die Einnahmen aus der Gewinnsteuer auf Bundesebene seit 1990 mehr als vervierfacht. Sie sind damit doppelt so stark angestiegen wie die Gesamteinnahmen des Bundes. Die Unternehmen kommen so für die Kosten eines erheblichen Teils der Staatsaufgaben auf. Eine auf die Stärkung der Standortattraktivität zielende Steuerpolitik ist deshalb nicht nur erfolgreich, sondern trägt in einem hohen Mass auch zur Finanzierung der staatlichen Umverteilung bei.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat in den öffentlichen Haushalten der meisten Industrieländer deutliche Spuren hinterlassen. Die Schweiz steht im internationalen Vergleich gut da. Dies ist kein Zufall. Insbesondere die Schuldenbremsen, die beim Bund und in vielen Kantonen in den letzten Jahren in Kraft gesetzt wurden, haben sich als grossen Erfolg erwiesen. Sie stellten sicher, dass die Schweiz im Gegensatz zu den meisten anderen Ländern nicht mit einem hoch verschuldeten Haushalt in die Krise geriet. Die Zurückhaltung bei Konjunkturprogrammen zahlte sich zusätzlich aus.

Die nach dem letzten positiven Rechnungsabschluss des Bundes von gewissen Kreisen geäusserte Kritik an der Schuldenbremse ist verfehlt. Die aktuell relativ gute Lage ist gerade der finanzpolitischen Vorsicht zu verdanken,

«Unter der Schuldenbremse hat der Bund seine Schulden um 20 Milliarden Franken abgebaut.»

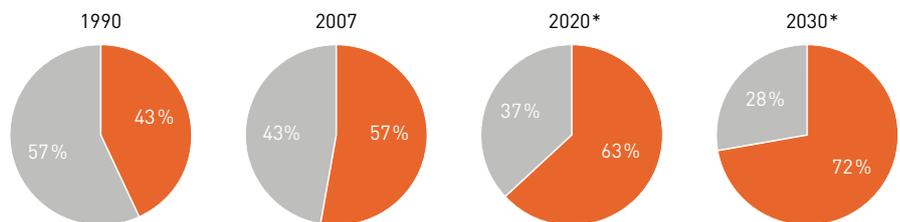
die durch dieses Instrument gefördert wird. Unter der Schuldenbremse hat der Bund seine Schulden um 20 Milliarden Franken abgebaut. Die Passivzinsen betragen aber noch immer drei Milliarden Franken jährlich – Mittel, die für neue Aufgaben oder wirksame standortpolitische Massnahmen fehlen.

Unverändert nötige Aufgabenüberprüfung

Auch gemäss den neusten Haushaltsprognosen sind beim Bund keine finanzpolitischen Spielräume vorhanden. Im Gegenteil nehmen die Risiken eher zu.

Ausgaben des Staates für soziale Wohlfahrt und Gesundheit

In den Jahren 1990 bis 2030



■ Soziale Wohlfahrt und Gesundheit

■ Übrige Aufgabenbereiche

* Eigene Schätzung gemäss Trend 1990 bis 2007

Quellen: Eidgenössische Finanzverwaltung (2010), Bundesamt für Sozialversicherungen (2010), eigene Berechnungen.

Die konsolidierten Ausgaben für soziale Wohlfahrt und Gesundheit von Bund, Kantonen, Gemeinden und Sozialversicherungen wachsen seit Jahren überproportional stark an.

«Auch bei den Sozialversicherungen muss eine Schuldenbremse eingeführt werden. Sonst drohen neue Schuldenlöcher.»

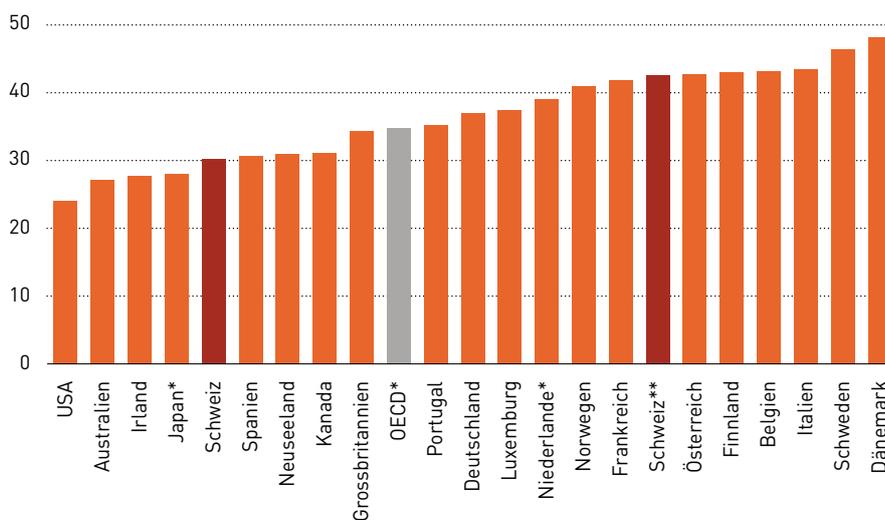
Das Parlament hat einen ersten Schritt zur Umsetzung der seit Langem geplanten Aufgabenüberprüfung in der Frühjahrs- und Sommersession 2011 abgelehnt. Finanzpolitisch ist dieser Entscheid im Moment verkraftbar. Als Signal ist er problematisch.

Ohne Strukturreformen, die auch Aufgabenverzicht und Prioritätensetzungen enthalten, wird es nicht gelingen, neue Handlungs- und Gestaltungsspielräume zu schaffen, wie sie für eine nachhaltige, gesunde Entwicklung des Bundes unverzichtbar sind. Insbesondere die steigenden Sozial- und Gesundheitsausgaben verdrängen die übrigen Staatstätigkeiten zunehmend. Ohne Gegenmassnahmen schreitet dieser Verdrängungsprozess unkontrolliert fort. Deshalb muss auch bei den Sozialversicherungen eine Schuldenbremse eingeführt werden. Sonst drohen neue Schuldenlöcher.

Die Fiskalquote der Schweiz ist in den letzten zwei Jahrzehnten rasant gestiegen. Sämtliche staatlich vorgeschriebenen Abgaben eingerechnet, liegt sie heute über dem OECD-Durchschnitt. Weitere Steuer- und Abgabenerhöhungen sind deshalb kein Mittel der Problemlösung. Vielmehr sind mit einer disziplinierten Ausgabenpolitik steuerliche Handlungsspielräume zu schaffen.

Fiskalquoten nach OECD-Berechnungen

Fiskalquote in Prozent des BIP, 2009



* Zahlen von 2008 ** Fiskalquote 2008 inkl. aller Zwangsabgaben

Quelle: OECD Revenue Statistics 1965-2009.

Anders als in den meisten anderen Ländern werden in der Schweiz bedeutende Zwangsabgaben über private Träger abgewickelt (z. B. berufliche Vorsorge oder obligatorische Unfall- und Krankenversicherung). Solche gesetzlich vorgeschriebenen, aber an Private bezahlte Abgaben sind in der Berechnung der OECD nicht enthalten. Werden sie eingerechnet, entspricht die Fiskalquote der Schweiz (42,6 Prozent) etwa jener von Frankreich oder Österreich und liegt damit über dem OECD-Durchschnitt.

Kein Markt ohne Wettbewerb. Staatliche Eingriffe müssen sich auf das Nötigste beschränken, zumal die materiellen Bestimmungen in der Schweiz bereits auf ein hohes Niveau angehoben wurden. Dies gilt auch im Gesundheitswesen.



Thomas Pletscher

ist Jurist und seit 1988 Mitglied der Geschäftsleitung von economiesuisse (vormals Vorort). Er leitet den Bereich Wettbewerb und Regulatorisches. Zuvor war er in der Revision, bei einer Bank, in einem Handelsunternehmen und der Exportförderung tätig. Auf nationaler Ebene ist er Mitglied der Wettbewerbskommission. Er führt als Generalsekretär ICC Switzerland und als Focal Point das Schweizer Netzwerk der UN Global Compact.

Kartellrecht als wichtiges Instrument eines funktionierenden Wettbewerbs

Schutz und Förderung des Wettbewerbs gehören zur zentralen Aufgabe einer konsequenten Ordnungspolitik. Gestützt auf einen Evaluationsbericht, hat der Bundesrat 2010 den Entwurf für eine Revision des Kartellgesetzes vorgelegt. Dabei hat er wichtige Anliegen der Wirtschaft aufgenommen, zum Beispiel die zentrale Forderung nach einer Trennung von Untersuchungs- und Entscheidbehörde. Für economiesuisse muss die Vorlage aber insbesondere in folgenden Punkten verbessert werden:

- Die Unabhängigkeit der Wettbewerbsbehörde von der Verwaltung ist zu stärken. Sie ist der Schlüssel zur entschlossenen Durchsetzung des Wettbewerbsrechts und mit Blick auf Wettbewerbsverzerrungen durch den Staat von entscheidender Bedeutung.
- Das Verfahren bei Meldungen von möglichen Wettbewerbsverstössen muss gestrafft werden, um zu verhindern, dass Unternehmen bei Investitionen und der Entwicklung behindert werden.
- Die Zusammenarbeit mit ausländischen Behörden soll auf Gegenseitigkeit beruhen und nicht einseitig erfolgen. Sie muss den Rechtsschutz der Schweizer Unternehmen sicherstellen.

Die «Motion Schweiger» verlangt, dass Unternehmen, die über ein glaubwür-

«Die Swissness-Vorlage muss flexibler und praxistauglicher ausgestaltet werden.»

«Die Unabhängigkeit der Wettbewerbsbehörden von der Verwaltung ist zu stärken.»

diges Programm zur Einhaltung des Kartellrechts verfügen, mit geringeren Sanktionen belastet werden, und dass Mitarbeiter, die eine Kartellabrede getroffen haben, selbst strafrechtlich verfolgt werden können. Das ist ein richtiger Schritt zur Verankerung des Verschuldensprinzips auch im Wettbewerbsrecht. Der Vorschlag des Bundesrats zur Umsetzung ist aber nicht praktikabel und lässt zu viele Fragen offen. Er wird von economiesuisse in dieser Form abgelehnt.

Mehr Schutz für ein starkes Label

Die Marke «Schweiz» soll besser geschützt werden. Die geplante Revision des Wappenschutzgesetzes sowie die schärfere Regelung gegen Missbräuche werden begrüsst. Um den Bedürfnissen der Branchen Rechnung zu tragen, muss die Swissness-Vorlage des Bundesrats jedoch in wesentlichen Punkten flexibler und praxistauglicher ausgestaltet werden.

Neue Leitlinien zur Gesundheitspolitik

Die Bedeutung des Gesundheitswesens in der Schweiz nimmt stetig zu. Es ist zu einem bedeutenden Wirtschaftssektor geworden. Andererseits steigen die Gesundheitskosten konstant an. Dabei wächst der obligatorisch finanzierte Teil seit Jahren überproportional. In diesem Umfeld hat economiesuisse im Juni 2011 die Leitlinien der Wirtschaft für eine neue Schweizer Gesundheitspolitik mit fünf Kernforderungen veröffentlicht:

Die unternehmerische Freiheit wahren. Die Kosten der Regulierungen und deren Belastungen für die Wirtschaft müssen reduziert werden, damit die Unternehmen sich entfalten können – gerade auch im Aktienrecht.

Die Initiative Minder schadet dem Wirtschaftsstandort

Bei der Revision des Aktien- und Rechnungslegungsrechts fordert economiesuisse, dass die unternehmerische Freiheit und Flexibilität so weit wie möglich bestehen bleiben. Die Eigentümer sollen selbst über die Ausgestaltung ihrer Organisation und der Salärpolitik bestimmen können. Die Volksinitiative «gegen die Abzockerei» (Initiative Minder) ist abzulehnen – sie will den börsenkotierten Unternehmen unsinnige Strukturen aufzwingen. Der Initiant will wegen Einzelfällen den Verwaltungsrat «bevormunden», wie er selbst sagt. Die Aufgaben dieses

Gremiums sollen an die heterogene Masse des Aktionariats übertragen werden. Das hätte Rechtsunsicherheiten und Blockaden zur Folge.

economiesuisse forderte von Beginn an, dass der Initiative ein wirtschaftsverträglicher Gegenvorschlag gegenübergestellt wird. Zwischen National- und Ständerat bestehen jedoch noch wesentliche Differenzen. Die parlamentarischen Beratungen werden in der Herbst- und Wintersession fortgesetzt, die eidgenössische Volksabstimmung zur Initiative findet voraussichtlich im Jahr 2012 statt.

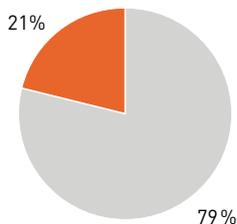
«Die Schweiz braucht einen guten Konsumentenschutz ohne Übertreibungen.»

Konsumentenpolitik mit Mass

Die Schweiz braucht einen guten Konsumentenschutz ohne Übertreibungen. Dies gilt es, bei anstehenden Gesetzesrevisionen im Auge zu behalten. Das Parlament ist dieser Argumentation von economiesuisse gefolgt und hat beispielsweise im Frühjahr 2011 entschieden, dass allgemeine Geschäftsbedingungen (AGB) nach den konkreten Umständen überprüft werden müssen. Eine allgemeine gerichtliche Prüfung losgelöst von einem spezifischen Fall ist jedoch nicht praktikabel.

Herkunft der Investoren

Aktuelle Bestandesaufnahme



■ Ausländisches Kapital
■ Schweizer Kapital

Quelle: eigene Berechnungen.

Aktiengesellschaften spielen für die Schweizer Wirtschaft eine tragende Rolle, sie sichern rund 350 000 Arbeitsplätze. Viele Schweizer Aktiengesellschaften sind auf ausländische Aktionäre angewiesen. Zudem halten die Aktionäre ihre Wertpapiere immer weniger lang. Mit einer Ausweitung der Aktionärsrechte gewinnen kurzfristige und ausländische Interessen an Gewicht. Sie muss in einem massvollen Rahmen geschehen, denn wir dürfen unsere AGs nicht gefährden!

Abnehmende Haltedauer der SMI-Titel im Zeitraum 1991 bis 2008

In Monaten



Quellen: Ilias Läber, Investor Management, Staying Abreast of Shareholder Structure and Preferences, Diss. Zürich, 2004, S. 128 / Oliver Haag, Marco Cottinelli, Entwicklung der Aktionärsstrukturen bei Schweizer Publikumsgesellschaften, FHS St. Gallen 2010.

Es ist eine Tendenz zu einer abnehmenden Haltedauer der Titel von grossen börsenkotierten Schweizer Unternehmen festzustellen.

Anpassungen sind nötig bei der Sanierung von Unternehmen

Der Bundesrat will die Sanierung von Unternehmen erleichtern und das Schuldbetriebs- und Konkursgesetz (SchKG) verbessern. Das heutige Insolvenzrecht ist für die Unternehmenssanierung wohl praktikabel, hat aber konkrete Schwächen. Aus Sicht der Wirtschaft wäre es hier nötig, auch die Verbesserung von Sanierungsmaßnahmen im Obligationenrecht (OR) einzubeziehen.

Vorschriften für KMU nehmen weiter zu – eine schlechte Tendenz

Die Regulierung für die Wirtschaft und insbesondere für KMU nimmt weiter zu. Dies ist enttäuschend, zumal die Politik den KMU das Leben stets erleichtern wollte und entsprechende Massnahmen beschloss. Der Regulierungsabbau muss effizienter gestaltet werden, ein substanzieller Abbau der regulatorischen und administrativen Belastungen der KMU wird durch economiesuisse dringend gefordert und wo möglich gefördert.

Ein starkes Grundgerüst für den Standort Schweiz.

Gut unterhaltene und funktionierende Infrastrukturen sind das Rückgrat einer prosperierenden Wirtschaft und ein entscheidender Standortfaktor.



Dominique Reber

ist Mitglied der Geschäftsleitung und leitet den Bereich Infrastruktur, Energie/Umwelt. In seiner Funktion vertritt er die Schweizer Wirtschaft in der Delegation des Bundes bei Klimaverhandlungen. Dominique Reber ist studierter Historiker und Romanist. Er verfügt zusätzlich über einen Abschluss in internationalem und europäischem Wirtschaftsrecht der Universität St. Gallen.

Die Schweiz kommt unter Druck

Die Infrastrukturen in der Schweiz gehören nach wie vor zu den besten der Welt. Aufstrebende Länder, neue Technologien und fehlende Mittel für die Erneuerung veralteter Netze stellen unser Land jedoch vor grosse Herausforderungen. In den aufstrebenden (Schwellen-)Ländern werden neue und moderne Infrastrukturen, meist unter Einbezug privater Investitionen (Public Private Partnerships) erstellt. Letztlich dürften solche Staaten das Wettrennen um Attraktivität gewinnen, sofern die Schweiz die Zeichen der Zeit nicht erkennt. Sie muss sich daran messen, was die Spitzenreiter auf der Welt unternehmen und sollte nicht nur die EU als Referenz nehmen.

Privates Kapital schont staatliche Ressourcen

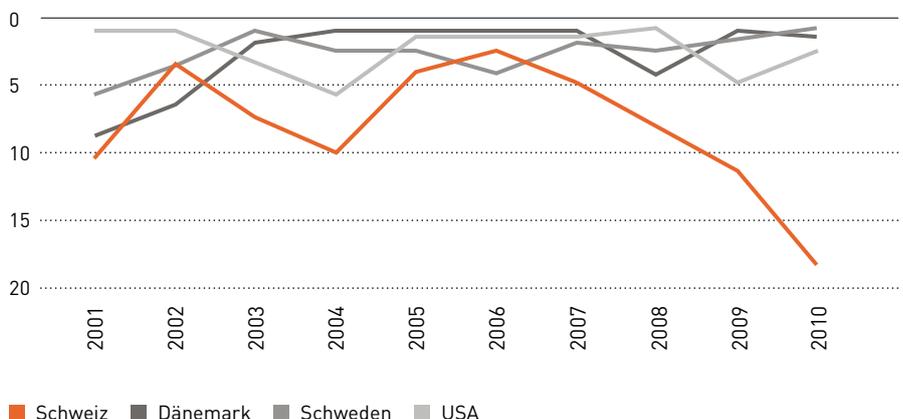
In einem dicht bevölkerten Transitland wie der Schweiz sind die Infrastrukturen zusätzlichem Druck ausgesetzt: Ihre Überlastung und der technologische Wandel führen dazu, dass in den

«Der Standort Schweiz muss sich daran messen, was die Spitzenreiter auf der Welt unternehmen.»

kommenden 20 Jahren bestehende Infrastrukturen erneuert sowie neue errichtet und die Kapazitäten ausgeweitet werden müssen. Dies ist zum Teil mit erheblichen Kosten verbunden. Damit staatliche Ressourcen nicht überstrapaziert werden, benötigt die Finanzierung künftiger Infrastrukturen zunehmend privates Kapital. Wichtig ist, dass die Rahmenbedingungen private Investitionen zulassen, fördern und schützen. Regionalpolitische Begehren haben sich einer gesamtwirtschaftlichen Perspektive einzuordnen. Die Wirtschaft ortet ein Defizit bei der Ausgestaltung einer kohärenten Politik im Umgang mit der Planung, Priorisierung und Finanzierung künftiger Infrastrukturen.

Informations- und Kommunikationstechnologie

Die Positionierung der weltbesten Länder im Vergleich zur Schweiz, 2001–2010



Quelle: The Economist Intelligence Unit, 2001–2010.

Seit 2008 weist die Schweiz im Ranking eine klar negative Tendenz auf.

Verbesserung der Verkehrsflüsse auf der Strasse

Die zunehmende Verkehrsüberlastung beeinträchtigt die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz. Insbesondere im Nationalstrassennetz rund um die Agglomerationen, wo der regionale und der überregionale Verkehr aufeinandertreffen. Für die Schweizer Wirtschaft ist es wichtig, dass der Verkehrsfluss unter Berücksichtigung ordnungspolitischer, wirtschaftlicher, finanzieller und ökologischer Faktoren gefördert wird. Die Strasse finanziert heute andere Verkehrsträger mit.

Sicherung der Schienenfinanzierung

Die Schieneninfrastruktur der Schweiz belegt weltweit einen Spitzenplatz. Allerdings fehlt eine ausreichende Verursacherorientierung und insbesondere der Unterhalt ist heute nicht finanziert. Mit einem Eigenwirtschaftlichkeitsgrad von knapp 50 Prozent ist das System gefährdet. Kapazitätsausbauten sind in dieser Situation aus finanzieller Optik gar nicht möglich, denn sie verschlechtern die Bilanz zusätzlich. Solche Entwicklungen führen letztlich zu Standortnachteilen. Die Preise müssen stärker nach dem Verursacherprinzip ausgestaltet werden, um die Eigenfinanzierung dieser wichtigen Infrastruktur zu verbessern. Ziel wäre es, das gleiche Niveau zu erreichen wie bei den Verkehrsträgern Strasse und Luftfahrt. Ausserdem muss die Stellung des Güterverkehrs gegenüber dem Personenverkehr verbessert werden.

Postmarkt: Auch die Kunden müssen profitieren

Als Abnehmerin von rund 80 Prozent der Postdienstleistungen hat die Wirtschaft ein grosses Interesse an einem funktionierenden Postmarkt. Ein effektiv spielender Wettbewerb führt zu qualitativ besseren Leistungen und fördert eine attraktive Preispolitik. Die 2010 erfolgten Gesetzesrevisionen des Post-

«Aufstrebende Länder, neue Technologien und fehlende Mittel für die Erneuerung veralteter Netze stellen unser Land vor grosse Herausforderungen.»

und Postorganisationsgesetzes führen jedoch dazu, dass die Post unternehmerisch gestärkt wird, ohne dass sie vollständig dem freien Markt ausgesetzt ist. Diese Asymmetrie, kombiniert mit bestehenden Wettbewerbsverzerrungen, schwächt die Position der Kunden. Aus deren Sicht bringt eine Verbesserung der Marktsituation längere Öffnungszeiten, attraktivere Preise und bedürfnisgerechte Angebote. Die Post selbst benötigt kein Briefmonopol, wie sie selbst immer wieder bestätigt. Der Postmarkt sollte deshalb möglichst rasch geöffnet werden, bei identischen Rahmenbedingungen für alle Marktteilnehmer. Nur auf diesem Weg machen sich die wiederholt hohen finanziellen Gewinne der Post endlich auch für deren Kunden bezahlt.

Die Exportindustrie ist auf effizienten Luftverkehr angewiesen

Die Kosten für Dienste in der Luftfahrt sind ein wichtiger Standortfaktor. Effizienzsteigerungen wie ein «Single European Sky» sind notwendig. Eine preistreibende Wirkung hat die Unterstellung der europäischen Luftfahrt ab dem 1. Januar 2012 unter das Emissionshandelssystem EU-ETS. Aus klimapolitischen Gründen ist der Schritt dennoch grundsätzlich zu begrüssen, selbst wenn die Industrie bereits grösste inhärente Anreize hat, die Effizienz der Triebwerke zu steigern. Für die Schweizer Luftfahrt gilt es nun, nach sinnvollen Lösungen zu suchen. Eine Passagierabgabe könnte ein Weg sein.

Wichtig ist jedoch, dass die Erhebungskosten tief sind.

Neue Technologien in der Telekommunikation

Sowohl im Mobilfunk als auch im Festnetz kommen neue Basistechnologien zum Einsatz (Glasfasernetze und «Long Term Evolution»-Netze). Die Schweiz ist gefordert, den Standort für ausländische und inländische Investoren attraktiv zu halten. Nötig ist die Hebung der Strahlungswerte im Mobilfunk auf europäisches Niveau. Gleichzeitig muss der Bau von privaten Glasfasernetzen ermöglicht werden. Der funktionierende Wettbewerb zwischen Infrastrukturen und Diensten ist zu erhalten.

Informations- und Kommunikationsgesellschaft

Die Schweiz fällt seit Jahren in der Informations- und Kommunikationstechnologie zurück und landete 2010 auf dem unrühmlichen 19. Platz des internationalen Vergleichs «digital economy» des renommierten «The Economist». economiesuisse und ICT Switzerland haben in der «Digitalen Agenda 2020» gemeinsam aufgezeigt, welche Schritte unternommen werden müssen. Von staatlicher Seite gilt es vor allem, die eHealth- und E-Government-Strategien umzusetzen.

Versorgungssicherheit gewährleisten. Ein vorzeitiger Ausstieg aus der Kernenergie hat gravierende Folgen. Versorgungsunterbrüche müssen verhindert werden, um die Standortattraktivität nicht zu verschlechtern.

Energiepolitik im Umbruch

Die Energiepolitik wird gegenwärtig von unterschiedlichsten Einflüssen geprägt. Der Austritt von grossen Mengen Erdöl aus dem Leck der Tiefseebohrung im Golf von Mexiko, die riesigen neuen Funde an Schiefergas in den USA, die gesellschaftlichen Umwälzungen in den arabischen und nordafrikanischen Ländern sowie die tragischen Ereignisse nach den Erdbeben und dem Tsunami in Japan dürften die bekanntesten Beispiele der vergangenen Monate sein. Während in der Schweiz laufend neue und nicht widerspruchsfreie politische Forderungen zur Umstellung der Energieversorgung formuliert werden, sind auf internationaler Ebene nur marginale Änderungen wahrnehmbar. Die jüngsten Analysen der Internationalen Energie-Agentur IEA zeigen klar die

Verbrauchs dynamik in den Schwellenländern. Hauptmotor deren Industrialisierung ist die Stromversorgung, deren Infrastruktur knapp mit dem Tempo der Entwicklung mithalten kann. Die Schweiz hat zwar einen weit höheren Entwicklungsstand erreicht, ist aber weiterhin auf eine zuverlässige, klimaschonende, sichere und kostengünstige Versorgung angewiesen. Das starke Stromverbrauchswachstum der letzten zehn Jahre hat dazu geführt, dass die Schweiz im Winterhalbjahr zum Nettoimporteur geworden ist. Der vom Bundesrat anvisierte Ausstieg aus der Kernenergie hat deshalb gravierende Folgen. Energieeffizienz und die Weiterentwicklung der erneuerbaren Energien bleiben weiterhin prioritär in der Energiepolitik. Ohne längerfristigen Ersatz der Kernkraftwerke durch vergleichba-

«Eine rein inländisch ausgerichtete Klimapolitik ist kontraproduktiv.»

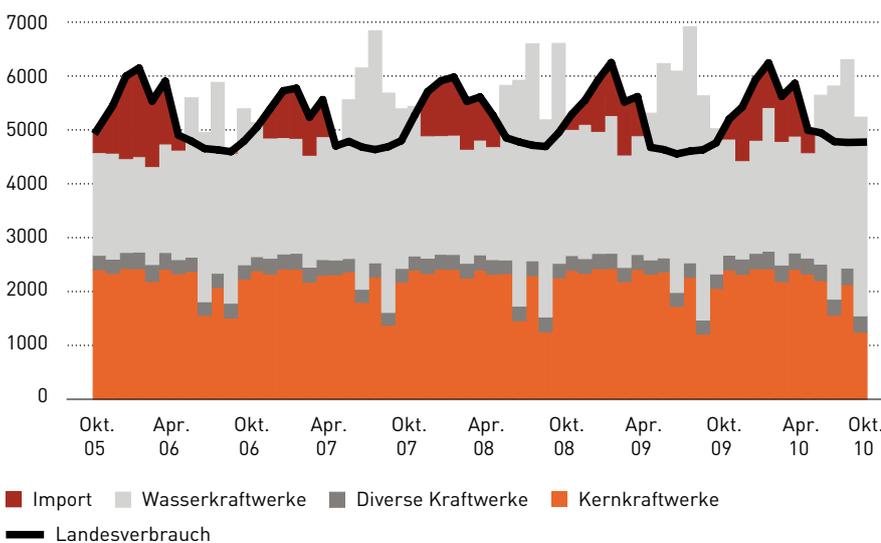
re Kapazitäten werden jedoch nicht nur die Strompreise massiv steigen. Versorgungsunterbrüche dürften zu einer erheblichen Verschlechterung der Standortattraktivität der Schweiz führen.

Erfolgreiche Klimapolitik dank freiwilliger Massnahmen der Wirtschaft

Die Schweiz verfügt in der Klimapolitik über einen ausgezeichneten Leistungsausweis. Obwohl die Bevölkerung seit 1990 mehr als 15 Prozent und die Wirtschaft über 25 Prozent gewachsen ist, konnte der Treibhausgasausstoss

Stromverbrauch und Produktion in der Schweiz

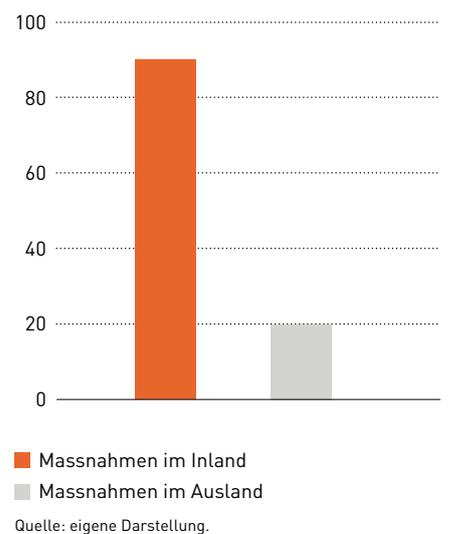
In Millionen Kilowattstunden



Seit zehn Jahren muss zur Deckung des Inlandverbrauchs immer mehr Strom importiert werden. Tendenz steigend.

Kosten zur Reduktion einer Tonne CO₂

In Franken



Mit den gleichen Mitteln kann eine drei- bis fünffach grössere Wirkung der Emissionssenkung erzielt werden.

deutlich reduziert werden. Viele KMU's und Grossunternehmen haben mit Einsparungen von mehr als vier Millionen Tonnen CO₂ pro Jahr massgeblich dazu beigetragen. An diesem erfolgreichen Weg gilt es festzuhalten. Eine rein inländisch ausgerichtete Klimapolitik, deren Vereinnahmung durch den Staat und die Aufblähung bürokratischer Strukturen sind kontraproduktiv. Weit vielversprechender sind marktwirtschaftliche Modelle und ein optionaler Zugang der Unternehmen zum internationalen Emissionshandel: Nicht zuletzt, um für die Stromversorgung den Einsatz von Gaskombikraftwerken zu ermöglichen. Die Wirtschaft setzt sich deshalb weiterhin für eine wirksame und international ausgerichtete Klimapolitik und für die Weiterführung des Kyoto-Protokolls ein.

Der Erhaltung der Biodiversität – in der Schweiz und weltweit – kommt eine wachsende Bedeutung zu. economie-suisse ist sich des Werts der Biodiversität bewusst und unterstützt daher die Bemühungen, ihr mit marktwirtschaftlichen Mitteln Sorge zu tragen. Mit der Verabschiedung des Nagoya-Protokolls im Herbst 2010 übernimmt die Wirtschaft eine wichtige Rolle in der fairen Aufteilung der Vorteile des Zugangs zu Biodiversitätsleistungen. Mit diesem Bekenntnis übernimmt die Wirtschaft einmal mehr ihre Führungsaufgabe im verantwortlichen Umgang mit natürlichen Ressourcen.

Cleantech ist eine Aufgabe der gesamten Wirtschaft

Mit einer Studie zu den Potenzialen von Cleantech und einem entsprechend klaren Leitfadens für die Schweiz hat economie-suisse aufgezeigt, wie die Prioritäten zu setzen sind. Es gilt, die effektiven Potenziale zu nutzen und eine lenkende und steuernde Industriepolitik zu verhindern. Cleantech ist

«Versorgungsunterbrüche würden zu einer erheblichen Verschlechterung der Standortattraktivität der Schweiz führen.»

keine Branche, sondern eine Aufgabe der gesamten Wirtschaft. Die Erfolge müssen sich daran messen lassen, ob es gelingt, die emissionsintensiven Unternehmen in der Schweiz zu halten und die nötigen Anreize zu schaffen, damit deren Produktion hinsichtlich Umweltauswirkungen und Energieeffizienz im internationalen Vergleich neue Massstäbe setzt.

Erfolgreiche Öffentlichkeitsarbeit. Das Führen von nationalen Kampagnen zu Volksabstimmungen gehört zu den Kernkompetenzen von economiesuisse.



Ursula Fraefel

ist seit Frühjahr 2010 Leiterin Kommunikation und Kampagnen sowie Mitglied der Geschäftsleitung. Zuvor war sie im Journalismus und in der Kommunikation tätig, zuletzt als Chefredaktorin der Thurgauer Zeitung, davor bei der NZZ, beim St. Galler Tagblatt sowie in den Agenturen Farner und Jäggi Burson-Marsteller. Ursula Fraefel studierte Kunstgeschichte und Philosophie an der Universität Zürich und erwarb das Executive-MBA in General Management an der Universität St. Gallen.

Standortvorteile verteidigt

2010 gewann economiesuisse zwei wichtige Volksabstimmungen im Interesse der Wirtschaft. Am 26. September sagten 53,4 Prozent der Stimmberechtigten Ja zur Revision der Arbeitslosenversicherung (ALV). Sie verhinderten so, dass die Lohnabzüge per 2011 doppelt so stark hätten angehoben werden müssen wie mit der Revision. Somit kann die ALV ihre wichtige Funktion als tragendes Sozialwerk auch in Zukunft erfüllen. Am 28. November stimmten die Stimmberechtigten ausserdem gegen die SP-Steuerinitiative, die economiesuisse klar ablehnte. Das deutliche Nein von Volk und Ständen zeigte, dass die Bevölkerung hinter dem Steuerwettbewerb und dem Finanzföderalismus steht.

10 Jahre economiesuisse

Unter dem Titel «Innovation und Offenheit als Chance» feierte economiesuisse am Tag der Wirtschaft 2010 das 10-jährige Bestehen des Wirtschaftsdachverbands. Als Gastredner sprach der Deutsche Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble zu den rund 450 anwesenden Gästen. Zum Jubiläumsjahr veröffentlichte economiesuisse ein eigenes Magazin. «Starke Wirtschaft – Starke Schweiz» zeigte Persönlichkeiten aus der Schweizer Wirtschaft, die über ihre Rezepte für eine erfolgreiche Schweizer Wirtschaft sprachen.

Wahljahr 2011

2011 finden keine nationalen Urnengänge zu wirtschaftsrelevanten Vorlagen statt, weshalb economiesuisse auch keine Abstimmungskampagnen führt. Hingegen ist für 2012 umso mehr mit Volksentscheiden zu rechnen, die für die Wirtschaft von Bedeutung sein werden.

Für die Kandidatinnen und Kandidaten der eidgenössischen Wahlen hat economiesuisse die Plattform elections 2011

lanciert. Zu laufenden wirtschaftspolitischen Geschäften engagiert sich der Wirtschaftsverband zum Beispiel mit einer Klimakampagne, die die Wirtschaft als aktiven Key-Player in Klimafragen positioniert. In diesem Sinn steht auch der Tag der Wirtschaft, der am 26. August 2011 in Zürich stattfindet, unter dem Motto «Ökologische Herausforderung – die Schweizer Wirtschaft geht voran». In der Energiepolitik begleitet die Kommunikation den politischen Prozess und führt die Medien- und Öffentlichkeitsarbeit, um die Anliegen der Wirtschaft sichtbar zu machen. Unter www.energiedebatte.ch wurde dazu ein Newsroom lanciert, der unter anderem umfassende Faktenblätter enthält. Weiter sind regionale Anlässe geplant.

Neuer Auftritt economiesuisse.ch

Im Frühling 2011 lancierte economiesuisse einen neuen Internetauftritt. Das moderne Design der Website lehnt sich bewusst am Aufbau von Medienwebsites an. Die Leserinnen und Leser finden umfassende Informationen und Hintergrundmaterial zu wirtschaftspolitischen Kernthemen von economiesuisse sowie verschiedene Social-Media-Angebote wie Facebook und Twitter.



Beste Rahmenbedingungen für die Wirtschaft.

economiesuisse begleitet wirtschaftspolitische Entscheidungsprozesse und setzt sich auf allen Ebenen für wettbewerbsorientierte, freiheitliche Lösungen ein.



Regina Ammann

Die ausgebildete Juristin mit einem Executive MBA in Unternehmensführung ist Mitglied der Geschäftsleitung und leitet den Bereich Bundeshausgeschäfte (inkl. Dokumentation) und ist Delegierte in Bern. Nebst breiter wirtschaftlicher Erfahrung aus Kunden- wie Stabsbereichen im Bankgeschäft verfügt sie als ehemaliges Grossrats- und Nationalratsmitglied auch über vertiefte Kenntnisse der Schweizer Politik. Schwerpunkte ihrer Tätigkeit bilden die Koordination und Planung der politischen Kontakte und das Issues Monitoring und Management.

Offene Märkte, ein vielfältiges Bildungssystem, der hervorragende Forschungsplatz und eine gut ausgebaute Infrastruktur tragen zum Erfolg der Schweiz bei. Hinzu kommen attraktive Steuern, ein liberales Wirtschafts- und Arbeitsrecht und eine gut funktionierende Sozialpartnerschaft. Keiner dieser Faktoren ist selbstverständlich und auf alle Zeiten gesichert. Die Schweiz steht in einem harten Wettbewerb mit anderen Standorten – ob sie auch in Zukunft ein Erfolgsmodell sein wird, entscheiden die Weichenstellungen von heute.

Eine starke Stimme für die Wirtschaft

Die Schweizer Wirtschaft braucht eine starke Stimme, die ihre Anliegen im politischen Prozess vertritt. Dafür wurde im Jahr 2000 economiesuisse gegründet. Der Verband ging hervor aus einer Fusion des Vororts (Schweizerischer Handels- und Industrieverein) und der wf (Gesellschaft zur Förderung der schweizerischen Wirtschaft). Beide Organisationen brachten ihr spezifisches Know-how in den neuen Verband ein. Der Vorort die fachliche Kompetenz und einen exzellenten Zugang zur Bundesverwaltung, die wf ihre grosse Kommunikations- und Kampagnenerfahrung.

Heute sind economiesuisse nicht nur 20 kantonale Industrie- und Handelskammern angeschlossen, sondern auch 100 Branchenverbände und 50 Einzelmitglieder. Insgesamt vertritt der Verband 30 000 Schweizer Unternehmen mit 1,5 Millionen Arbeitnehmern. KMU und Grossunternehmen, Exporteure und binnenmarktorientierte Unternehmen.

Die wichtigste Aufgabe von economiesuisse besteht darin, die Interessen dieser Unternehmen in den politischen Prozess einzubringen. Zu diesem Zweck pflegt der Wirtschaftsdachverband enge, regelmässige Kontakte zu Regierung, Verwaltung und Parlament. eco-

nomiesuisse orientiert sich dabei an den Grundsätzen einer freiheitlichen und marktwirtschaftlichen Ordnung und nimmt die soziale und ökologische Verantwortung wahr. Wirtschaftspolitische Themen werden so früh wie möglich erkannt und economiesuisse engagiert sich anschliessend auf allen Stufen des politischen Prozesses: von der Einsitznahme in Expertengruppen über die Beteiligung an Vernehmlassungen bis hin zu Abstimmungskampagnen.

economiesuisse-Geschäftsstellen

Im Haus der Wirtschaft in Zürich befindet sich der economiesuisse-Hauptsitz. Hinzu kommen Büros in Bern, Genf, Lugano und Brüssel. Die Vertretung in der Bundeshauptstadt dient als wichtige Verbindungsstelle der Wirtschaft zur Politik. Im Zentrum ihrer Arbeit steht die Sicherstellung des Informationsflusses zwischen Parlament, Verwaltung und Wirtschaft. Die Planung und Koordination der politischen Geschäfte, Kontakte zu den National- und Ständeräten sowie zum Bundeshaus und regelmässige Sessionsberichterstattungen dienen diesem Ziel.





Cristina Gaggini

ist Mitglied der Geschäftsleitung und leitet das Büro von economiesuisse in der Romandie und im Tessin. Cristina Gaggini studierte Politikwissenschaften und ist eidg. dipl. PR-Beraterin. Sie ist Verwaltungsrätin bei der Schweizerischen Exportrisikoversicherung und unterrichtet Politische Kommunikation am Schweizerischen Public Relations Institut (SPRI) .

Das Team von economiesuisse in Genf ist für die Kontakte zu den Mitgliedern und Wirtschaftsverbänden, zu Politikerinnen und Politikern auf Bundes- und Kantonsebene sowie zu den Medien in der Romandie verantwortlich. Es führt ausserdem die eidgenössischen Abstimmungskampagnen in der Westschweiz.

economiesuisse Lugano pflegt einen intensiven Informationsaustausch mit den Tessiner Wirtschafts- und Branchenverbänden, mit der kantonalen Verwaltung und Regierung, mit den norditalienischen Wirtschaftsverbänden und der Schweizerischen Handelskammer in Mailand.

In Brüssel unterhält economiesuisse eine Vertretung, die auch die Präsenz des Schweizerischen Arbeitgeberverbands (SAV) sicherstellt. Sie dient als Verbindungsstelle zum Europäischen Industrie- und Arbeitgeberverband Businesseurope, zu den Diensten der EU-Kommission, zur schweizerischen Mission bei der EU und zur EFTA. Sie unterstützt aber auch schweizerische Wirtschaftsvertreter, die Kontakt zu den Institutionen der EU suchen.

Unsere Dienstleistungen

- ▶ Wir koordinieren die Meinungsbildung innerhalb der Wirtschaft und vertreten deren Positionen in der Politik, gegenüber den Medien und in der breiten Öffentlichkeit.
- ▶ Wir bieten eine breite und schlagkräftige Plattform für die Interessenvertretung in Bern.
- ▶ Wir beraten kompetent in politischen Anliegen.
- ▶ Wir unterstützen konkrete Anliegen unserer Mitglieder im politischen Prozess.
- ▶ Wir verfassen Analysen und Studien und vermitteln Hintergrundwissen zur Wirtschaftspolitik.
- ▶ Wir verschaffen Zugang zu Wirtschaftskreisen, politischen Entscheidungsträgern und Behörden und organisieren Wirtschaftsdelegationen.
- ▶ Wir nehmen regelmässig Stellung zu aktuellen wirtschaftspolitischen Fragen.
- ▶ Wir bieten Mediens Schulungen für Mitglieder und Politiker an.
- ▶ Wir führen erfolgreiche Abstimmungskampagnen.

Organisation

Mitglieder

Industrie- und Handelskammern

Aargauische Industrie- und Handelskammer
Entfelderstrasse 11, Postfach, 5001 Aarau
www.aihk.ch

Camera di commercio dell'industria e dell'artigianato del cantone Ticino
Corso Elvezia 16, Casella postale, 6901 Lugano
www.cc-ti.ch

Chambre de commerce et d'industrie du Jura
Rue de l'Avenir 23, Case postale 274,
2800 Delémont 1
www.cci-j.ch

Chambre de commerce, d'industrie et des services de Genève
4, boulevard du Théâtre, Case postale 5039,
1211 Genève 11
www.cci-g.ch

Chambre de commerce Fribourg
Route du Jura 37, Case postale 304,
1701 Fribourg
www.cfcis.ch

Chambre neuchâteloise du commerce et de l'industrie
Rue de la Serre 4, Case postale,
2001 Neuchâtel
www.cnci.ch

Chambre valaisanne de commerce et d'industrie
Rue Pré-Fleuri 6, Case postale 288, 1951 Sion
www.cci-valais.ch

Chambre vaudoise du commerce et de l'industrie
Avenue d'Ouchy 47, Case postale 315,
1001 Lausanne
www.cvcj.ch

Glarner Handelskammer
Spielhof 14a, 8750 Glarus
www.glhk.ch

Handels- und Industrieverein des Kantons Bern
Kramgasse 2, Postfach 5464, 3001 Bern
www.bern-cci.ch

Handels- und Industrieverein des Kantons Schwyz
Gersauerstrasse 7, Postfach 618, 6440 Brunnen
www.h-i-sz.ch

Handelskammer beider Basel
Aeschenvorstadt 67, Postfach, 4010 Basel
www.hkbb.ch

Handelskammer und Arbeitgeberverband Graubünden
Hinterm Bach 40, Postfach 203, 7002 Chur
www.hkgr.ch

Handelskammer und Arbeitgebervereinigung Winterthur
Neumarkt 15, Postfach, 8401 Winterthur
www.haw.ch

Industrie- und Handelskammer St.Gallen-Appenzell
Gallusstrasse 16, Postfach, 9001 St. Gallen
www.ihk.ch

Industrie- und Handelskammer Thurgau
Schmidstrasse 9, Postfach 396, 8570 Weinfelden
www.ihk-thurgau.ch

Liechtensteinische Industrie- und Handelskammer
Altenbach 8, 9490 Vaduz
www.lihk.li

Solothurner Handelskammer
Grabackerstrasse 6, Postfach 1554,
4502 Solothurn
www.sohk.ch

Zentralschweizerische Handelskammer
Kapellplatz 2, Postfach 3142, 6002 Luzern
www.hzkz.ch

Zürcher Handelskammer
Bleicherweg 5, Postfach 3058, 8022 Zürich
www.zurichcci.ch

Verbände

aerosuisse Schweiz. Dachverband der Luft- und Raumfahrt
Monbijoustrasse 14, Postfach 5236, 3001 Bern
www.aerosuisse.ch

AITI Associazione Industrie Ticinesi
Corso Elvezia 16, Casella postale 5130,
6901 Lugano
www.aiti.ch

ASCO Association of Management Consultants Switzerland
Weinbergstrasse 31, Postfach, 8006 Zürich
www.asco.ch

Association Patronale de l'Horlogerie et de la Microtechnique APHM
Rue de la Gare 7, Case postale 16,
2501 Biel/Bienne

Association Suisse des Fabricants et Commerçants de Métaux Précieux
Boulevard des Eplatures 42, Case postale,
2304 La Chaux-de-Fonds

asut Schweizerischer Verband der Telekommunikation
Klösterlistutz 8, 3013 Bern
www.asut.ch

Aussenwerbung Schweiz AWS
Giesshübelstrasse 4, 8045 Zürich
www.aussenwerbung-schweiz.ch

auto-schweiz Vereinigung Schweizer Automobil-Importeure
Mittelstrasse 32, Postfach 5232, 3001 Bern
www.auto-schweiz.ch

AVIA Vereinigung unabhängiger Schweizer Importeure von Erdölprodukten
Badenerstrasse 329, Postfach, 8040 Zürich
www.avia.ch

BISCOSUISSE Schweizerischer Verband der Backwaren- und Zuckerwaren-Industrie
Münzgraben 6, Postfach 259, 3000 Bern 7
www.biscosuisse.ch

cemsuisse Verband der Schweizerischen Cementindustrie
Marktstrasse 53, 3011 Bern
www.cemsuisse.ch

CHOCOSUISSE Verband Schweizerischer Schokoladefabrikanten
Münzgraben 6, Postfach 1007, 3000 Bern 7
www.chocosuisse.ch

Dachverband Schweizerischer Müller
Thunstrasse 82, Postfach 1009, 3000 Bern 6
www.dsm-fms.ch

Dachverband Schweizerischer Spezialmühlen
Thunstrasse 82, Postfach 1009, 3000 Bern 6

Electrosuisse
Luppenstrasse 1, 8320 Fehraltorf
www.electrosuisse.ch

Erdöl-Vereinigung
Spitalgasse 5, 8001 Zürich
www.erdoel.ch

FASMED Schweizerische Medizinaltechnik
Worbstrasse 52, Postfach 160, 3074 Muri b. Bern
www.fasmed.ch

Fédération de l'industrie horlogère suisse FH
Rue de l'Argent 6, Case postale 560,
2501 Biel/Bienne
www.fhs.ch

Fédération des Entreprises Romandes Genève
98, rue de St-Jean, Case postale 5278,
1211 Genève 11
www.fer-ge.ch

hotelleriesuisse
Monbijoustrasse 130, Postfach, 3001 Bern
www.hotelleriesuisse.ch

IFPI Schweiz
Kraftstrasse 30, 8044 Zürich
www.ifpi.ch

IGFV Geschäftsstelle Interessengemeinschaft Flexible Verpackungen
Tödistrasse 47, Postfach 1507, 8027 Zürich

Interessengemeinschaft Tee, Gewürze und verwandte Produkte
Elfenstrasse 19, Postfach 1009, 3000 Bern 6

KEP&Mail
c/o simplus ag, Thunstrasse 17,
Postfach 343, 3000 Bern 6

kmuNEXT Geschäftsstelle
Palmstrasse 19, 8400 Winterthur
www.kmunext.ch

Kunststoff Verband Schweiz (KVS)
Schachenallee 29 C, 5000 Aarau
www.kvs.ch

Privatkliniken Schweiz
Worbstrasse 52, Postfach 160, 3074 Muri b. Bern
www.privatehospitals.ch

Promarca Schweizerischer Markenartikelverband
Bahnhofplatz 1, 3011 Bern
www.promarca.ch

Schweizer Brauerei-Verband
Engimattstrasse 11, Postfach 2124, 8027 Zürich
www.bier.ch

Schweizer Casino Verband
Marktstrasse 50, Postfach 593, 3000 Bern 7
www.switzerlandcasinos.ch

Schweizer Werbung SW
Kappelerstrasse 14, Postfach 3021, 8022 Zürich
www.sw-ps.ch

Schweizerische Bankiervereinigung
Aeschenplatz 7, Postfach 4182, 4002 Basel
www.swissbanking.org

Schweizerische Normen-Vereinigung
Bürglistrasse 29, 8400 Winterthur
www.snv.ch

Schweizerischer Baumeisterverband
Weinbergstrasse 49, Postfach, 8042 Zürich
www.baumeister.ch

Schweizerischer Hefeverband
Thunstrasse 82, Postfach 1009, 3000 Bern 6

Schweizerischer Kosmetik- und Waschmittelverband
Breitingerstrasse 35, Postfach 2138, 8027 Zürich
www.skw-cds.ch

Schweizerischer Leasingverband SLV
Rämistrasse 5, Postfach, 8024 Zürich
www.leasingverband.ch

Schweizerischer Obstverband
Baarerstrasse 88, Postfach 2559, 6302 Zug
www.swissfruit.ch

Schweizerischer Reisebüro-Verband
Etzelstrasse 42, Postfach, 8038 Zürich
www.srv.ch

Schweizerischer Versicherungsverband SVV
C. F. Meyer-Strasse 14, Postfach 4288,
8022 Zürich
www.svv.ch

Schweizerisches Verpackungsinstitut
Brückfeldstrasse 18, 3000 Bern 9
www.svi-verpackung.ch

scienceindustries
Nordstrasse 15, Postfach, 8021 Zürich
www.scienceindustries.ch

SIAA Swiss International Airports Association
Postfach, 8058 Zürich-Flughafen
www.siaa.ch

SIBA Verband Schweizerischer Versicherungsbroker
Kreuzstrasse 42, 8008 Zürich
www.siba.ch

simsa – swiss interactive media and software association
Postfach 1211, 8032 Zürich
www.simsa.ch

SPEDLOGSWISS Verband schweizerischer Speditions- und Logistikunternehmen
Elisabethenstrasse 44, Postfach, 4002 Basel
www.spedlogswiss.com

SWICO
Hardturmstrasse 103, 8005 Zürich
www.swico.ch

Swiss Cigarette
Monbijoustrasse 14, Postfach 5236, 3001 Bern
www.swiss-cigarette.ch

Swiss Convenience Food Association
Elfenstrasse 19, Postfach 1009, 3000 Bern 6
www.swissfoodind.ch

Swiss Engineering STV
Weinbergstrasse 41, 8006 Zürich
www.swissengineering.ch

Swiss Funds Association SFA
Dufourstrasse 49, Postfach, 4002 Basel
www.sfa.ch

Swiss Retail Federation
Marktstrasse 50, Postfach 575, 3000 Bern 7
www.swiss-retail.ch

Swisscable Verband für Kommunikationsnetze
Kramgasse 5, Postfach 515, 3000 Bern 8
www.swisscable.ch

SwissCham Verband Schweizerischer Aussenwirtschaftskammern
Wiesenstrasse 10, Postfach 1073, 8032 Zürich
www.swisscham.ch

swisselectric
Seilerstrasse 3, Postfach 7950, 3001 Bern
www.swisselectric.ch

SwissHoldings Verband der Industrie- und Dienstleistungskonzerne der Schweiz
Nägeligasse 13, Postfach 402, 3000 Bern 7
www.swissholdings.ch

Swissmem
Kirchenweg 4, Postfach, 8032 Zürich
www.swissmem.ch

SwissOlio
Elfenstrasse 19, Postfach 1009, 3000 Bern 6

SwissPasta Vereinigung der Schweizerischen Teigwarenindustrie
Elfenstrasse 19, Postfach 1009, 3000 Bern 6

Swissplay Verband der Schweizerischen Spielautomatenbranchen
Bahnhofzentrum, Postfach 10, 3000 Bern 6
www.swiss-play.ch

TELESUISSE Verband der Schweizer Regionalfernsehen
Via Carona 6, 6815 Melide
www.telesuisse.ch

Treuhand-Kammer
Limmatquai 120, Postfach 1477, 8021 Zürich
www.treuhand-kammer.ch

TVS Textilverband Schweiz
Beethovenstrasse 20, Postfach 2900,
8022 Zürich
www.tvs.ch

Union des Industriels Valaisans
Case postale 2106, 1950 Sion 2

usic Schweizerische Vereinigung Beratender Ingenieurunternehmungen
Aarberggasse 16/18, 3011 Bern
www.usic.ch

VAP Verband Verlader Anschlussgeleise Privatgüterwagen
Postfach 31, 8142 Uitikon Waldegg
www.cargorail.ch

Verband der Schweizer Druckindustrie
Schosshaldenstrasse 20, 3006 Bern
www.druckindustrie.ch

Verband der Schweizerischen Gasindustrie
Grütlistrasse 44, Postfach, 8027 Zürich
www.erdgas.ch

Verband der Schweizerischen Schmelzkäseindustrie SESK
Thunstrasse 82, Postfach 1009, 3000 Bern 6

Verband der Schweizerischen Zellstoff-, Papier- und Kartonindustrie
Bergstrasse 110, Postfach, 8032 Zürich
www.zpk.ch

Verband des Schweizerischen Versandhandels VSV
General Wille-Strasse 144, 8706 Meilen
www.vsv-versandhandel.ch

Verband Schweizer Presse
Konradstrasse 14, Postfach, 8021 Zürich
www.schweizerpresse.ch

Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen
Hintere Bahnhofstrasse 10, Postfach,
5001 Aarau
www.vse.ch

Verband Schweizerischer Filialunternehmungen
Frohburgstrasse 98, 8006 Zürich
www.vsf-schweiz.ch

Verband Schweizerischer Generalunternehmer VSGU
Effingerstrasse 13, 3011 Bern
www.vsgu.ch

Verband Schweizerischer Glacé- & Eiscream-Fabrikanten
Elfenstrasse 19, Postfach 1009, 3000 Bern 6
www.swissfoodind.ch

Verband Schweizerischer Hersteller von Suppen und Saucen
Elfenstrasse 19, Postfach 1009, 3000 Bern 6

Verband Schweizerischer Kantonalbanken
Wallstrasse 8, Postfach, 4002 Basel
www.vskb.ch

Verband Schweizerischer Kreditbanken und Finanzierungsinstitute
Uraniastrasse 12, Postfach 3228, 8021 Zürich
www.vskf.org

Verband Schweizerischer Mineralquellen und Softdrink-Produzenten
Engimattstrasse 11, Postfach 2124, 8027 Zürich
www.mineralwasser.ch

Verband Schweizerischer Privatschulen
Hotelgasse 1, Postfach, 3000 Bern 7
www.swiss-schools.ch

Verband Schweizerischer Stahlröhrenwerke
Rämistrasse 29, 8001 Zürich

Verband Schweizerischer Vermögensverwalter VSV
Bahnhofstrasse 35, 8001 Zürich
www.vsv-asg.ch

Verband Schweizerischer Werbegesellschaften VSW
Avenue Mon-Repos 22, Case postale 7203,
1002 Lausanne
www.vsw-assp.ch

Vereinigung der Privaten Aktiengesellschaften
St. Jakobs-Strasse 7, Postfach 2879, 4002 Basel
www.vpag.ch

Vereinigung der Schweizerischen Milchindustrie
Thunstrasse 82, Postfach 1009, 3000 Bern 6
www.milchindustrie.ch

Vereinigung Schweizerischer Glasfabriken
Schützenmattstrasse 266, Postfach,
8180 Bülach

Vereinigung Schweizerischer Hersteller von Diät- und Spezialnahrungen
Elfenstrasse 19, Postfach 1009, 3000 Bern 6

Vereinigung Schweizerischer Unternehmen in Deutschland
Gellertstrasse 18, 4052 Basel
www.vsud.ch

vips Vereinigung Pharmafirmen in der Schweiz
Baarerstrasse 2, Postfach 4856, 6304 Zug
www.vips.ch

VISCOM Schweizerischer Verband für visuelle Kommunikation
Speichergasse 35, Postfach 678, 3000 Bern 7
www.viscom.ch

VSIG Handel Schweiz
Güterstrasse 78, Postfach 656, 4010 Basel
www.vsig.ch

Zuger Wirtschaftskammer
Gubelstrasse 11, 6300 Zug
www.zwk.ch

Einzelmitglieder und andere Organisationen

Accenture AG

Fraumünsterstrasse 16, Postfach, 8022 Zürich
www.accenture.ch

Adecco management & consulting SA

Sägereistrasse 10, Postfach, 8152 Glattbrugg
www.adecco.com

ALPIQ Holding AG

Bahnhofquai 12, 4601 Olten
www.alpiq.com

Axpo Holding AG

Parkstrasse 23, Postfach, 5401 Baden
www.axpo.ch

BIBUS Holding AG

Allmendstrasse 26, 8320 Fehraltorf
www.bibus.ch

BKW FMB Energie AG

Viktoriaplatz 2, Postfach, 3000 Bern 25
www.bkw-fmb.ch

Capital International SA

3, place des Bergues, 1201 Genève
www.capgroup.com

Centralschweizerische Kraftwerke AG

Hirschengraben 33, Postfach, 6002 Luzern
www.ckw.ch

Chemolio Holding AG

Seehofstrasse 6, 8008 Zürich

Chocoladefabriken Lindt & Sprüngli (Schweiz) AG

Seestrasse 204, 8802 Kilchberg ZH
www.lindt.com/switzerland

Clear Channel Plakanda GmbH

Beckenhofstrasse 6, 8006 Zürich
www.plakat.ch

Desco von Schulthess Holding AG

Brandschenkestrasse 2, 8001 Zürich
www.desco-group.com

DKSH Holding AG

Wiesenstrasse 8, Postfach 888, 8034 Zürich
www.dksh.com

eBay International AG

Helvetiastrasse 15/17, Postfach 133, 3000 Bern 6
www.ebay.com

F. Hoffmann-La Roche AG

Postfach, 4070 Basel
www.roche.com

Firmenich SA

7, rue de la Bergère, Case postale 148, 1217 Meyrin
www.firmenich.com

FREI connect

Radgasse 3, Postfach, 8021 Zürich
www.freiconnect.ch

Frutiger AG

Frutigenstrasse 37, Postfach 2160, 3601 Thun
www.frutiger.com

Galenica AG

Untermattweg 8, Postfach, 3001 Bern
www.galenica.ch

GE Money Bank

Bändliweg 20, 8048 Zürich
www.gemoney.ch

Givaudan Suisse SA

5, chemin de la Parfumerie, 1214 Vernier
www.givaudan.com

Hapimag

Neuhofstrasse 8, 6349 Baar
www.hapimag.com

IBM Schweiz AG

Vulkanstrasse 106, Postfach, 8010 Zürich
www.ibm.com

IKEA AG

Grüssenweg 15, 4133 Pratteln
www.ikea.com

Implenia Management SA

Industriestrasse 24, 8305 Dietlikon
www.implenia.com

Intel Semiconductor AG

Leutschenbachstrasse 95, 8050 Zürich
www.intel.com/ch

Kabelwerke Brugg AG Holding

Industriestrasse 21, 5201 Brugg AG
www.brugg.com

Kudelski Group

Route de Genève 22–24, Case postale 134, 1033 Cheseaux
www.nagra.com

McKinsey & Company, Inc. Switzerland

Hotelstrasse, Postfach, 8060 Zürich
www.mckinsey.ch

Microsoft Schweiz GmbH

Richtistrasse 3, 8304 Wallisellen
www.microsoft.com/switzerland

Möbel Pfister AG

Bernstrasse Ost 49, Postfach, 5034 Suhr
www.pfister.ch

Nestlé Suisse SA

Rue d'Entre-Deux-Villes 10, Case postale 352, 1800 Vevey
www.nestle.ch

Novartis International AG

Postfach, 4002 Basel
www.novartis.com

Omya (Schweiz) AG

Baslerstrasse 42, Postfach 32, 4665 Oftringen
www.omya.com

Otto Beisheim Holding GmbH

Neuhofstrasse 4, 6340 Baar
www.beisheim.ch

Philip Morris International Management SA

Avenue de Rhodanie 50, Case postale 1171, 1007 Lausanne
www.philipmorrisinternational.com

PricewaterhouseCoopers AG

Birchstrasse 160, Postfach, 8050 Zürich
www.pwc.ch

PubliGroupe S.A.

Avenue Mon-Repos 22, Case postale 7203, 1002 Lausanne
www.publigroupe.com

Repower AG

Via da Clait 307, 7742 Poschiavo
www.repower.ch

Roland Berger AG Strategy Consultants

Holbeinstrasse 22, 8008 Zürich
www.rolandberger.ch

Schubarth + Co AG

Lange Gasse 90, Postfach, 4002 Basel
www.schubarth.ch

SIX Exchange AG

Selnaustrasse 30, Postfach 1758, 8021 Zürich
www.six-group.ch

Société Générale de Surveillance SA

1, place des Alpes, Case postale 2152, 1211 Genève 1
www.sgs.com

Sunrise Communications AG

Hagenholzstrasse 20/22, 8050 Zürich
www.sunrise.ch

Swiss International Air Lines Ltd.

Postfach, 4002 Basel
www.swiss.com

Swisscom AG

Alte Tiefenauerstrasse 6, Postfach, 3050 Bern
www.swisscom.ch

Volkswirtschaftsdirektion des Kantons Zürich

Walchestrasse 19, Postfach, 8090 Zürich
www.awa.zh.ch

Stand: Juli 2011

Vorstandsausschuss



Gerold Bühler (Dritter von links)
Präsident economiesuisse
Zürich

Hans Hess (Erster von links)
Vizepräsident economiesuisse
Präsident, Swissmem, Zürich

Patrick Odier (Zweiter von links)
Vizepräsident economiesuisse
Präsident, Schweizerische Bankier-
vereinigung, Basel

Christoph Mäder (Vierter von links)
Vizepräsident economiesuisse
Präsident, scienceindustries, Zürich



Rolf Dörig
Quästor
Präsident des Verwaltungsrates,
Swiss Life AG, Zürich



Hans E. Schweickardt
Präsident des Verwaltungsrates,
ALPIQ Holding AG, Lausanne



Guglielmo L. Brentel
Präsident, hotelleriesuisse, Bern



Rolf Soiron
Präsident des Verwaltungsrates,
Holcim Ltd, Zürich und
Lonza Ltd, Basel



Hans-Ulrich Doerig
Ehem. Präsident des Verwaltungsrates,
Credit Suisse Group AG, Zürich



Rudolf Stämpfli
Präsident, Schweizerischer
Arbeitgeberverband, Bern



Werner Hug
Delegierter des Verwaltungsrates,
Hug AG, Malters



Olivier Steimer
Präsident des Verwaltungsrates,
Banque Cantonale Vaudoise, Lausanne



Hanspeter Rentsch
Mitglied der Konzernleitung,
The Swatch Group Ltd., Biel/Bienne



Christoph Tobler
CEO, Sefar Holding AG, Thal



Bernard Rüeger
Präsident, Chambre vaudoise du
commerce et de l'industrie, Lausanne



Daniel Vasella
Präsident des Verwaltungsrates,
Novartis International AG, Basel



Anton Scherrer
Präsident des Verwaltungsrates,
Swisscom AG, Bern



Bruno Zuppiger, Hinwil
Präsident, Schweizerischer
Gewerbeverband (sgv)
(Gast)

Vorstand



Willy Balmer
Direktor, V-ZUG AG, Zug



Ph. Olivier Burger
CEO, PKZ Burger-Kehl & Co. AG,
Urdorf



Christian Casal
Director, Office Manager Switzerland,
McKinsey & Company, Inc.
Switzerland, Zürich-Flughafen



Aleardo Cattaneo
CEO und Delegierter des
Verwaltungsrates,
Ferriere Cattaneo SA, Giubiasco



Thomas Daum
Direktor, Schweizerischer
Arbeitgeberverband
(Gast)



Hans-Peter Domanig
Präsident, Verband Schweizerischer
Generalunternehmer VSGU, Bern



Marco Fischer-Stocker
Präsident des Verwaltungsrates,
bc medien AG, Münchenstein



Walter Frey
Präsident des Verwaltungsrates,
Emil Frey AG, Zürich



Ständerat Bruno Frick
Präsident, Swiss Retail Federation,
Bern



David P. Frick
Mitglied der Konzernleitung,
Nestlé S.A., Vevey



Ronald Ganz
Präsident, Erdöl-Vereinigung, Zürich



Frédéric Geissbühler
Präsident, la Chambre Neuchâteloise
du Commerce et de l'Industrie,
Vaumarcus



Max Theodor Herzig
Präsident, VSIG Handel
Schweiz, Basel



Martin Huber
Präsident des Verwaltungsrates,
Georg Fischer AG, Schaffhausen



Rudolf Hug
Präsident des Verwaltungsrates,
HT-Holding AG, Baden-Dättwil



Thomas Isler
Präsident des Verwaltungsrates,
Gessner Holding AG, Wädenswil



Heinz Karrer
Präsident, swisselectric, Bern



Albert Kaufmann
General Counsel / Member of the
Group's Management Committee
Richemont International SA,
Bellevue - Genève



Gottlieb A. Keller
Mitglied der Konzernleitung,
F. Hoffmann-La Roche AG, Basel



Daniel Knecht
Präsident, Aargauische Industrie-
und Handelskammer, Aarau



André Kudelski
Präsident und CEO, Kudelski Group,
Cheseaux-sur-Lausanne



Paul Kurrus
Vizedirektor, Swiss International
Air Lines AG, Basel



Hajo Leutenegger
Präsident, Verband der
Schweizerischen Gasindustrie, Zug



Ulrich Jakob Looser
Partner, BLR & Partners AG, Thalwil



Niklaus J. Lüthi
Präsident, Handels- und Industrie-
verein des Kantons Bern, Bern



Blaise Matthey
Generaldirektor, Fédération des
Entreprises Romandes Genève,
Genève



Didier Maus
Präsident, Maus Frères SA, Genève



Nationalrat Werner Messmer
Präsident, Schweizerischer
Baumeisterverband, Zürich



Markus R. Neuhaus
CEO / Territory Senior Partner
PricewaterhouseCoopers AG, Zürich



Peter Quadri
Präsident, Zürcher Handelskammer,
Zürich



Alain Robert
Vice Chairman Wealth Management &
Swiss Bank, UBS AG, Zürich



Hans-Peter Rohner
CEO, PubliGroupe S.A., Lausanne



Kurt Rohrbach
Präsident, Verband Schweizerischer
Elektrizitätsunternehmen, Aarau



Frank Ruepp
Präsident, Verband der Schweize-
rischen Zellstoff-, Papier- und
Kartonindustrie (ZPK), Zürich



Huub Savelkouls
Vizepräsident Fiscal Affairs & Inter-
national Trade Philip Morris Inter-
national Management SA, Lausanne



Rolf G. Schmid
CEO, Mammot Sports Group AG, Seon



Martin Scholl
Vorsitzender der Generaldirektion /
CEO, Zürcher Kantonalbank, Zürich



Ständerat Rolf Schweiger
Präsident, Foederation der Schwei-
zerischen Nahrungsmittel-Industrien
FIAL, Bern



Thomas Staehelin
Präsident, Handelskammer
beider Basel, Basel



Jasmin Staiblin
Vorsitzende der Geschäftsleitung,
ABB Schweiz AG, Baden

Vorstand



Oliver Steil
CEO, Sunrise Communications AG,
Zürich



Kaspar E. A. Wenger
CEO, Holcim (Schweiz) AG, Zürich



Franziska Tschudi
CEO, WICOR Holding AG,
Rapperswil SG



Hans Wicki
Präsident, Industrie- und Handels-
kammer Zentralschweiz, Luzern



Rudolf Wehrli
Vizepräsident des Verwaltungsrates,
Clariant AG, Richterswil



Jost Wirz
Ehrenpräsident der Wirz Gruppe,
Wirz Werbung AG, Zürich



Isabelle Welton
CEO, IBM Schweiz AG, Zürich



Jörg Wolle
Präsident und CEO, DKSH Holding AG,
Zürich



Dieter Wemmer
Mitglied der Konzernleitung, Zurich
Financial Services, Zürich

Stand: Juli 2011

Permanente Kommissionen

Die Kommissionsvorsitzenden



Rudolf Wehrli
Aussenwirtschaft



Hanspeter Rentsch
Infrastruktur



Andreas E. Steiner
Bildung und Forschung



David P. Frick
Recht



Rudolf Hug
Energie und Umwelt



Ulrich Jakob Looser
Wettbewerb



Thomas Staehelin
Finanzen und Steuern

Stand: Juli 2011

Geschäftsführerausschuss



Pascal Gentinetta
Vorsitz
economiesuisse



Luca Albertoni
Direktor, Camera di commercio
dell'industria e dell'artigianato e
dei servizi del cantone Ticino



Kaspar Engeli
Direktor, VSIG Handel Schweiz



Claudine Amstein
Direktorin, Chambre vaudoise du
commerce et de l'industrie



Michael Frank
Direktor, Verband Schweizerischer
Elektrizitätsunternehmen



Lukas Briner
Direktor, Zürcher Handelskammer



Max Fritz
Direktor, Verband der Schweiz.
Zellstoff-, Papier- und Kartonindustrie
(ZPK)



Andreas Burckhardt
Direktor, Handelskammer
beider Basel



Rolf Hartl
Geschäftsführer, Erdöl-Vereinigung



Thomas Daum
Direktor, Schweizerischer
Arbeitgeberverband
(Gast)



Christoph Juen
CEO, hotelleriesuisse



Peter Dietrich
Direktor, Swissemem



Vania Kohli-Fusina
Geschäftsleiterin, asut
Schweizerischer Verband der
Telekommunikation



Lucius Dürr
Direktor, Schweizerischer
Versicherungsverband



Daniel Lehmann
Direktor, Schweizerischer
Baumeisterverband



Vincent Riesen
Direktor, Chambre valaisanne de
commerce et d'industrie



Claude-Alain Margelisch
Vorsitzender der Geschäftsleitung,
Schweizerische Bankiervereinigung



Sandro Salvetti
Geschäftsführer, Swiss Retail
Federation



Beat Moser
Direktor, scienceindustries



Franz U. Schmid
Co-Geschäftsführer, Foederation
der Schweizerischen Nahrungsmittel-
Industrien FIAL



Jean-Daniel Pasche
Präsident, Fédération de l'industrie
horlogère suisse FH



Thomas Schweizer
Direktor, TVS Textilverband Schweiz

Stand: Juli 2011

Geschäftsleitung



Von links nach rechts: Cristina Gaggini, Rudolf Minsch, Ursula Fraefel, Jan Atteslander, Dominique Reber, Pascal Gentinetta, Thomas Pletscher, Regina Ammann, Urs Furrer.

Die Geschäftsleitung von economiesuisse setzt sich wie folgt zusammen:

Pascal Gentinetta

Vorsitzender der Geschäftsleitung

Regina Ammann

Bundeshausgeschäfte, Geschäftsstelle Bern

Jan Atteslander

Aussenwirtschaft

Ursula Fraefel

Kommunikation und Kampagnen

Urs Furrer

Finanzen, Steuern

Cristina Gaggini

Geschäftsstellen Genf und Lugano

Rudolf Minsch

Allgemeine Wirtschaftspolitik, Bildung

Thomas Pletscher

Wettbewerb & Regulatorisches, ICC

Dominique Reber

Infrastruktur, Energie & Umwelt

Geschäftsstellen

Zürich

Leitung: **Pascal Gentinetta**

economiesuisse
Verband der Schweizer Unternehmen
Hegibachstrasse 47
Postfach
CH-8032 Zürich
Telefon: +41 44 421 35 35
Telefax: +41 44 421 34 34
E-Mail: info@economiesuisse.ch
www.economiesuisse.ch/web/de

Bern

Leitung: **Regina Ammann**

economiesuisse
Verband der Schweizer Unternehmen
Spitalgasse 4
Postfach
CH-3001 Bern
Telefon: +41 31 311 62 96
Telefax: +41 31 312 53 50
E-Mail: bern@economiesuisse.ch

Genf

Leitung: **Cristina Gaggini**

economiesuisse
Fédération des entreprises suisses
Carrefour de Rive 1
Case postale 3684
CH-1211 Genève 3
Telefon: +41 22 786 66 81
Telefax: +41 22 786 64 50
E-Mail: geneve@economiesuisse.ch
www.economiesuisse.ch/web/fr

Lugano

Leitung: **Angelo Geninazzi**

economiesuisse
Federazione delle imprese svizzere
Corso Elvezia 16
Casella postale 5563
CH-6901 Lugano
Telefon: +41 91 922 82 12
Telefax: +41 91 923 81 68
E-Mail: lugano@economiesuisse.ch
www.economiesuisse.ch/web/it

Brüssel

Leitung: **François Baur**

economiesuisse
Swiss Business Federation
Avenue de Cortenbergh 168
B-1000 Bruxelles
Telefon: +32 2 280 08 44
Telefax: +32 2 280 06 99
E-Mail: bruxelles@economiesuisse.ch

Nationale und internationale Kontakte

Energie-Agentur der Wirtschaft

Die Energie-Agentur der Wirtschaft (EnAW) unterstützt Unternehmen dabei, ihre klima- und energiepolitischen Ziele zu erreichen. Dabei werden die geltenden Gesetze (CO₂-Gesetz, Energiegesetz, kantonale Bestimmungen) möglichst effizient und wirkungsvoll umgesetzt. Schweizweit arbeiten heute bereits über 2100 Unternehmen mit der EnAW zusammen. Dank dem Zuwachs aus dem Segment der kleinen und mittleren Betriebe (KMU) vergrösserte sich die Teilnehmerzahl 2010 um 160. Am KMU-Modell der EnAW, das speziell auf ihre Bedürfnisse zugeschnitten ist, beteiligen sich mittlerweile bereits knapp 300 Unternehmen. Alle Teilnehmer verfügen über bedürfnisgerechte und individuell abgeschlossene Zielvereinbarungen. Im Falle einer Befreiung von der CO₂-Abgabe werden diese vom Bund geprüft und auditiert. Insgesamt bestehen auf dieser Basis Zielvereinbarungen für rund 40 Prozent aller CO₂-Emissionen der Schweizer Wirtschaft.

Beachtliche Effizienzsteigerung der Unternehmen

Jahr für Jahr investieren die teilnehmenden Unternehmen bis zu 150 Millionen Franken in Massnahmen zur Effizienzsteigerung. Dies führt zu beachtlichen Resultaten. So wurde der CO₂-Ausstoss 2010 um knapp 200 000 Tonnen gesenkt. Insgesamt tragen die Teilnehmer des EnAW-Programms mit rund 1,3 Millionen Tonnen CO₂-Einsparungen pro Jahr massgeblich zur Erreichung der Klimaziele der Schweiz bei. Ausserdem sparen sie mit den bisher umgesetzten Massnahmen über 900 GWh Strom pro Jahr ein.

Bewährtes Instrument der Wirtschaft

Die erfolgreiche Umsetzung klimapolitischer Vorgaben durch die EnAW basiert auf den freiwilligen Massnahmen nach dem heute gültigen CO₂-Gesetz. Dies zeigt den Weg auf, wie sich Klimaschutz und Wettbewerbsfähigkeit erfolgreich kombinieren lassen.

www.enaw.ch

Businesseurope

Der Europäische Dachverband der Wirtschaft, Businesseurope, vertritt die Interessen von rund 40 Industrie- und Arbeitgeberverbänden aus über 30 europäischen Ländern. economiesuisse und der Schweizerische Arbeitgeberverband (SAV) sind beide Vollmitglied. Businesseurope gilt dank der breiten Abstützung als die Stimme der Unternehmen in Europa. Der Verband strebt in seiner Arbeit namentlich Reformen des Wirtschaftsrechts zugunsten von Wachstum und Marktintegration an. Er setzt sich zudem ein für die Effizienz der öffentlichen Hand, den Kampf gegen Protektionismus, eine nachhaltige Energiewirtschaft und Reformen der europäischen Sozialsysteme.

www.businesseurope.eu

ICC

Die 1919 gegründete International Chamber of Commerce (ICC) vertritt weltweit die Interessen der Privatwirtschaft. Sie verfolgt und beeinflusst die Entwicklung der internationalen Reglementierungen, erarbeitet Selbstregulierungen zur Erleichterung der internationalen Handelsgeschäfte und veröffentlicht Praxispublikationen zu Handel und Investitionen. Ausserdem vereinfacht die ICC mittels eigenständiger Institutionen wie dem Internationalen Schiedsgerichtshof oder dem «Commercial Crime Service» und zahlreicher Veranstaltungen zu Praxisfragen den Welthandel. 16 Kommissionen mit Experten aus allen Wirtschaftsbereichen arbeiten rund um den Globus für wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen. Zu einem weiteren Schwerpunkt zählt die Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität. economiesuisse führt das Sekretariat des Schweizer Landesausschusses der ICC. ICC Switzerland führt auch das Sekretariat des Schweizer UN-Global-Compact-Netzwerkes und koordiniert die Beteiligung an der gegen Warenfälschung gerichteten Kampagne «Stop Piracy».

www.icc-switzerland.ch

BIAC

Das Business and Industry Advisory Committee to the OECD (BIAC) vertritt die Interessen der Wirtschaft bei der Organisation für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (OECD). Das BIAC wurde 1962 gegründet und wird von den Dachverbänden der Wirtschaft und den Arbeitgeberorganisationen in allen OECD-Ländern getragen. Die Vertreter der Schweiz sind economiesuisse und der Schweizerische Arbeitgeberverband. Wie die ICC ist auch das BIAC eine für die Schweizer Wirtschaft bedeutungsvolle Organisation, denn beide Gremien bieten ihr wichtige Einflussmöglichkeiten auf internationaler Ebene. Gerade in Zeiten zunehmender Regulierung infolge der Finanzkrise sind diese Organe eine wichtige Möglichkeit, der Stimme der Schweizer Wirtschaft Gehör zu verschaffen.

www.biac.org

Aktivitäten Januar 2010 – Juni 2011

Allgemeine Wirtschaftspolitik

Vernehmlassungen

Allgemeine Wirtschaftspolitik

Vernehmlassung zur Agrarpolitik 2014–2017 (30. Juni 2011)

Finanzkrise, Finanzmarktregulierung

Änderung des Bankengesetzes («Too big to fail») (21. März 2011)

Konjunktur

Keine Ausweitung der obligatorischen Auskunftspflicht bei statistischen Erhebungen des Bundes (17. Februar 2011)

Wirtschaftspolitik allgemein, WTO/Globalisierung

Erhalt des Viehexportes aus der Schweiz (1. Februar 2011)

Positionspapiere/Studien

Wirtschaftspolitik allgemein

Finanzplatz Schweiz: Volkswirtschaftliche Bedeutung und Wechselwirkungen mit dem Werkplatz (17. März 2011)

Geldpolitik

Keht die Inflation zurück? Ein Thesenpapier (1. Dezember 2010)

Dossierpolitik

Wirtschaftspolitik allgemein

Direktzahlungssystem für die Landwirtschaft: Ziele verfehlt (27. Juni 2011)

Finanzkrise, Finanzmarktregulierung

«Too big to fail»: Die Schweiz packt das Problem an (9. Mai 2011)

Geldpolitik

Der Frankenwechsellkurs: eine Bedrohung für die Schweiz? (7. Juni 2010)

Medienmitteilungen

Wirtschaftspolitik allgemein

Agrarpolitik 2014–2017 setzt auf Einkommenssicherung der Bauern statt auf Verfassungsziele (27. Juni 2011)

Konjunktur

Wachstumsdynamik schwächt sich ab (9. Juni 2011)

Finanzkrise, Finanzmarktregulierung

«Too big to fail»: Umsetzung gemäss Expertenbericht (21. März 2011)

Wirtschaftspolitik allgemein

Leistungsfähiger Finanzplatz ist wichtig für Werkplatz und KMU (17. März 2011)

Konjunktur, Forschung & Technologie

Konsequenzen des starken Frankens: Technologiepark – eine Zukunftslösung auch für Freiburg? (9. Februar 2011)

Konjunktur

Schweizer Wirtschaft weiterhin auf Wachstumskurs (6. Dezember 2010)

Finanzkrise, Finanzmarktregulierung

Massnahmenpaket für das «Too big to fail»-Problem (4. Oktober 2010)

Konjunktur

Vorsichtiger Optimismus in schwierigen Zeiten (14. Juni 2010)

Wirtschaftspolitik allgemein

Schweizer Wirtschaft bei OECD gestärkt (27. Mai 2010)

Finanzkrise, Finanzmarktregulierung

Verminderung von Systemrisiken: Gesamtwirtschaftlicher Fokus ist nötig (22. April 2010)

Wirtschaftspolitik allgemein

Mit Unternehmergeist und Selbstvertrauen aus der Krise (23. März 2010)

Konjunktur

Geeint geht die Schweiz gestärkt aus der Krise hervor (9. Februar 2010)

Medienkonferenzen

Schweizer Wirtschaft weiterhin auf Wachstumskurs (6. Dezember 2010)

Veranstaltungen

Euro-Seminar: Starker Franken, schwacher Euro (10. Februar 2011)

Aussenwirtschaft

Vernehmlassungen

WTO/Globalisierung, Zoll und Ursprung

Konsultation zur Änderung des Bundesgesetzes über die Durchsetzung von internationalen Sanktionen (11. Oktober 2010)

WTO/Globalisierung

Vernehmlassung Embargogesetz, EmbG (21. Juni 2010)

Positionspapiere/Studien

Schweiz – EU

Schweiz – EU: Bilateralismus im gegenseitigen Interesse (18. Mai 2010)

Dossierpolitik

Bilaterale Wirtschaftsbeziehungen, WTO/Globalisierung

Freihandelsabkommen: Wichtige Verhandlungen stehen bevor (2. November 2010)

Schweiz – EU

Der bilaterale Weg bleibt die beste Option (16. August 2010)

Schweiz – EU

Schweiz – EU: Bilateralismus im gegenseitigen Interesse (14. Juni 2010)

Bilaterale Wirtschaftsbeziehungen

China: Wichtiger Handelspartner mit grossem Potenzial (25. Januar 2010)

Medienmitteilungen

Bilaterale Wirtschaftsbeziehungen

Freihandel mit China: Grosse Chance für die Schweiz (28. Januar 2011)

Bilaterale Wirtschaftsbeziehungen

Türkischer Staatspräsident Abdullah Gül trifft Schweizer Wirtschaftsvertreter (26. November 2010)

Schweiz – EU, Bilaterale Wirtschaftsbeziehungen

Der bilaterale Weg: Die Vorteile überwiegen nach wie vor (7. Oktober 2010)

Bilaterale Wirtschaftsbeziehungen

Schweiz – Deutschland: nicht nur Nachbarschaft, sondern auch Partnerschaft (8. September 2010)

Bilaterale Wirtschaftsbeziehungen, Zoll und Ursprung

Wichtiges Zeichen für den Standort Schweiz (17. Juni 2010)

Bilaterale Wirtschaftsbeziehungen

Georgischer Premierminister S.E. Nika Gilauri trifft Schweizer Wirtschaftsvertreter (15. Juni 2010)

Bilaterale Wirtschaftsbeziehungen, Zoll und Ursprung

Positiver Schritt zur Bereinigung (15. Juni 2010)

Bilaterale Wirtschaftsbeziehungen, Verfahrensrecht

Standortinteressen nicht aufs Spiel setzen (8. Juni 2010)

Schweiz – EU

Bilateralismus im gegenseitigen Interesse (18. Mai 2010)

Bilaterale Wirtschaftsbeziehungen

Vietnamesischer Präsident S.E. Nguyễn Minh TRIỆT trifft Schweizer Wirtschaftsvertreter (18. Mai 2010)

Bilaterale Wirtschaftsbeziehungen, Verfahrensrecht

Staatsvertrag mit den USA für Wirtschaft entscheidend (26. April 2010)

Bilaterale Wirtschaftsbeziehungen

Chinesischer Vizeministerpräsident Li Keqiang trifft Schweizer Wirtschaftsvertreter (25. Januar 2010)

Medienkonferenzen

Bilateralismus im gegenseitigen Interesse (18. Mai 2010)

Steuern

Vernehmlassungen

Internationale Steuerfragen, Besteuerung Privatpersonen

Stellungnahme zum Bundesgesetz über die internationale Amtshilfe in Steuersachen (13. April 2011)

Besteuerung Privatpersonen

Verfassungsbasis für eine umfassende Familienpolitik (4. März 2011)

Besteuerung Privatpersonen

Bundesgesetz über die Besteuerung nach dem Aufwand (16. Dezember 2010)

Unternehmensbesteuerung

USTR II – Kapitaleinzugprinzip: Stellungnahme zum Kreisschreiben der ESTV (17. August 2010)

Besteuerung Privatpersonen

Besteuerung der Aus- und Weiterbildungskosten (3. August 2010)

Besteuerung Privatpersonen

Gegenvorschlag des Bundesrats zur Initiative «Sicheres Wohnen im Alter» des HEV (8. Februar 2010)

Unternehmensbesteuerung

Änderung der Verrechnungssteuer- und der Stempelabgabenverordnung (28. Januar 2010)

Aktivitäten Januar 2010 – Juni 2011

Dossierpolitik

Besteuerung Privatpersonen, Internationale Steuerfragen, Unternehmensbesteuerung
Fiskalquote der Schweiz: Der Schein trägt (24. Februar 2011)

Interkantonaler Steuerwettbewerb
SP-Steuerinitiative: erhöht die Steuern, schädigt die Kantone (20. September 2010)

Besteuerung Privatpersonen
Ja mit Vorbehalt zu einer neuen Wohneigentumsbesteuerung (15. Februar 2010)

Medienmitteilungen

Besteuerung Privatpersonen, Interkantonaler Steuerwettbewerb
Klares Bekenntnis zum Steuerwettbewerb (28. November 2010)

Interkantonaler Steuerwettbewerb, Internationale Steuerfragen
Ja zu einer prosperierenden und wettbewerbsfähigen Wirtschaft – Nein zum Steuerinferno (18. November 2010)

Besteuerung Privatpersonen, Interkantonaler Steuerwettbewerb
Kantonale Industrie- und Handelskammern wehren sich gegen die schädliche SP-Steuerinitiative (12. Oktober 2010)

Interkantonaler Steuerwettbewerb
Die SP-Steuerinitiative schadet der Schweizer Wirtschaft (1. Oktober 2010)

Mehrwertsteuer
Einheitssatz bleibt beste Lösung (24. Juni 2010)

Interkantonaler Steuerwettbewerb, Besteuerung Privatpersonen
Klare Absage an schädliche Steuererhöhungen (17. Juni 2010)

Medienkonferenzen

Kantonale Industrie- und Handelskammern wehren sich gegen die schädliche SP-Steuerinitiative (12. Oktober 2010)

Die SP-Steuerinitiative schadet der Schweizer Wirtschaft (1. Oktober 2010)

Finanzen

Vernehmlassungen

Staatsaufgaben
Verordnung über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzschiädigung (Arbeitslosenversicherungsverordnung; AVIV) (11. Januar 2011)

Staatsfinanzen
Botschaft zur Förderung der Kultur (24. November 2010)

Staatsaufgaben
Stellungnahme zur Vernehmlassung über die 6. IV-Revision (6b) (22. Oktober 2010)

Staatsfinanzen
Revision des Finanzkontrollgesetzes – Stellungnahme (20. September 2010)

Finanzausgleich
Vernehmlassung zum Wirksamkeitsbericht des Finanzausgleichs zwischen Bund und Kantonen (2008–2011) (2. Juli 2010)

Staatsfinanzen

Konsolidierungsprogramm 2011–2013 und Umsetzungsplanung der Aufgabenüberprüfung (27. Mai 2010)

Positionspapiere/Studien

Staatsfinanzen
Restriktive Finanzpolitik weiterhin im Aufwind (8. November 2010)

Dossierpolitik

Finanzausgleich
Neuer Finanzausgleich: falsche Anreize verhindern (24. Januar 2011)

Staatsfinanzen
Bundesfinanzen: kapitale Herausforderungen (15. November 2010)

Staatsfinanzen
Finanzmonitor 2010: Restriktive Finanzpolitik weiterhin im Aufwind (8. November 2010)

Staatsfinanzen
Schuldenkrise erfordert Haushaltskonsolidierung (1. September 2010)

Staatsaufgaben
Arbeitslosenversicherung: Nötige und ausgewogene Reform (9. August 2010)

Staatsaufgaben
Rentendebakel verhindern (11. Januar 2010)

Medienmitteilungen

Staatsfinanzen
Restriktive Finanzpolitik weiterhin im Aufwind (8. November 2010)

Staatsfinanzen, Schuldenbremse
Nötige Schuldenbremse in der Invalidenversicherung (15. Oktober 2010)

Staatsaufgaben
Stimmberechtigte verhindern noch höhere Lohnabzüge (26. September 2010)

Staatsfinanzen
Weitere Konsolidierungsschritte erforderlich (26. Mai 2010)

Staatsaufgaben
Probleme der 2. Säule ungelöst (7. März 2010)

Staatsfinanzen
Bundesrat auf Kurs – weitere Schritte erforderlich (25. Februar 2010)

Staatsfinanzen
Erfreulicher Überschuss – düstere Aussichten (16. Februar 2010)

Staatsaufgaben, Forschung & Technologie
2x JA: Fairer Umwandlungssatz und Forschung am Menschen (8. Februar 2010)

Staatsaufgaben
2. Säule sichern und Zusatzbeiträge verhindern (6. Januar 2010)

Medienkonferenzen

2. Säule sichern und Zusatzbeiträge verhindern (6. Januar 2010)

Infrastruktur

Vernehmlassungen

Schiene
Anhörung zum neuen Trassenpreissystem (17. Juni 2011)

Luftverkehr
AuLaV – Verordnung über das Starten und Landen mit Luftfahrzeugen ausserhalb von Flugplätzen (13. Dezember 2010)

Post, Telekom/IT, Grundversorgung
Schaffung eines Verfassungsartikels über die Grundversorgung (29. November 2010)

Telekom/IT
Totalrevision des Bundesgesetzes vom 6. Oktober 2000 betreffend die Überwachung von Post- und Fernmeldeverkehr (17. August 2010)

Luftverkehr
Zukunft der nationalen Infrastrukturnetze (11. Februar 2010)

Positionspapiere/Studien

Telekom/IT
Digitale Agenda 2020 – Auf dem Weg an die Weltspitze (1. März 2011)

Telekom/IT, Schiene, Strasse
Netzinfrastrukturen – Effizient in die Zukunft investieren (29. Juni 2010)

Dossierpolitik

Infrastruktur allgemein
Verkehrsinfrastruktur: das Nötige vom Wünschbaren trennen (14. Juni 2011)

Telekom/IT
Glasfasermarkt und Regulierung (15. November 2010)

Post, Luftverkehr, Schiene
Netzinfrastrukturen: Effizient in den Standort investieren (27. September 2010)

Post, Grundversorgung
Postmarkt: Wettbewerb stärkt den Service public (24. August 2010)

Medienmitteilungen

Infrastruktur allgemein
Glasfaserausbau im Wettbewerb als Königsweg (14. Juni 2011)

Telekom/IT
«Digitale Agenda 2020»: Die Schweiz zurück an die digitale Weltspitze (1. März 2011)

Luftverkehr
Bundesrat Leuenberger unterstreicht die Bedeutung der Luftfahrt für den Wohlstand (26. Oktober 2010)

Post, Grundversorgung
Poststellen-Initiative schwächt die Kunden und die Post (2. September 2010)

Post
Wettbewerb stärkt den Schweizer Postmarkt (24. August)

Telekom/IT, Schiene, Strasse
Effizient in die Zukunft investieren (29. Juni 2010)

Strasse
Umkehr in der Verkehrspolitik nötig (5. Mai 2010)

Medienkonferenzen

Effizient in die Zukunft investieren
(29. Juni 2010)

Veranstaltungen

Digitale Agenda 2020 (1. März 2011)

4. Schweizerischer Luftfahrtkongress:
100 Jahre Luftfahrt für die Schweiz –
Herausforderungen und Perspektiven
(26. Oktober 2010)

Energie/Umwelt

Vernehmlassungen

Energie & Umwelt allgemein

Cleantech-Masterplan (28. Februar 2011)

Energie & Umwelt allgemein

Änderung von Art. 8 des Energiegesetzes
(13. Januar 2011)

Klimapolitik

Rechtliche Grundlagen für die Einrichtung von
Umweltzonen (18. November 2010)

Klimapolitik

Sachplan geologische Tiefenlager: Etappe 1
(17. November 2010)

Klimapolitik

Totalrevision der Einschliessungsverordnung
ESV und Revision der Verordnung über
den Schutz der Arbeitnehmerinnen und
Arbeitnehmer vor Gefährdung durch
Mikroorganismen SAMV (18. Oktober 2010)

Klimapolitik

Verordnung über die Kompensation der
CO₂-Emissionen von fossil-thermischen
Kraftwerken (11. Oktober 2010)

Klimapolitik

Genehmigung und Änderung vom
4. Juni 2004 zum Übereinkommen über
die Umweltverträglichkeitsprüfung im
grenzüberschreitenden Rahmen
(Espoo-Übereinkommen) (29. Juni 2010)

Klimapolitik

Änderung der Gewässerschutzverordnung
GSchV (28. April 2010)

Klimapolitik

Teilrevision der Chemikalienverordnung
(13. April 2010)

Klimapolitik

Genehmigung und Änderung der Aarhus-
Konvention und Änderung des Umweltschutz-
gesetzes (29. März 2010)

Klimapolitik

Änderung der Luftreinhalte-Verordnung (LRV):
Übernahme der Abgasvorschriften
(17. Februar 2010)

Dossierpolitik

Klimapolitik

Cancún 2010: Schweizer Wirtschaft zu aktivem
Klimaschutz bereit (29. November 2010)

Medienmitteilungen

Stromversorgung

Für eine sichere Stromversorgung –
auch in Zukunft (8. Juni 2011)

Stromversorgung

Energieversorgung gefährdet, Parlament
gefordert (25. Mai 2011)

Stromversorgung

Wirtschaft fordert Gesamtenergiestrategie
(17. Mai 2011)

Stromversorgung, Klimapolitik

Wirtschaft engagiert sich für zuverlässige
Energieversorgung (2. Mai 2011)

Klimapolitik, Energie & Umwelt allgemein

Resolution für eine glaubwürdige Klimapolitik
(22. März 2011)

Stromversorgung

Sichere Energieversorgung auch nach Japan
wichtig (21. März 2011)

Klimapolitik, Energie & Umwelt allgemein

Unverständlicher Ständeratsentscheid:
Bewährte Klimapolitik gefährdet (8. März 2011)

Stromversorgung, Energie & Umwelt allgemein

Mit inländischen Kernkraftwerken gegen die
Stromlücke (15. November 2010)

Energie & Umwelt allgemein, Strasse

Nationale Infrastrukturen – UVEK-Bericht greift
zu kurz (11. Februar 2010)

Medienkonferenzen

Wirtschaft fordert Gesamtenergiestrategie
(17. Mai 2011)

Bildung

Vernehmlassungen

Forschung & Technologie

Revision des Bundesgesetzes über die
Förderung von Innovation, Zusammenarbeit
und Wissensaufbau im Tourismus (Innotour)
(30. September 2010)

Volksschule

Anhörungsprozess zu den nationalen
Bildungsstandards (Bildungsziele) (8. Juli 2010)

Forschung & Technologie

Teilrevision der Forschungsverordnung
(25. Mai 2010)

Forschung & Technologie

Totalrevision des Bundesgesetzes über die
Förderung der Forschung und Innovation
(25. Februar 2010)

Bildung allgemein

Totalrevision des Bundesgesetzes über die
Förderung der ausserschulischen Jugendarbeit
(14. Januar 2010)

Positionspapiere/Studien

Forschung & Technologie, Innovation

Forschung und Entwicklung in der Schweizer
Privatwirtschaft 2008 (22. Juni 2010)

Dossierpolitik

Volksschule

Volksschule: Fokus auf das Wesentliche
(22. Juni 2010)

Forschung & Technologie, Gesundheitsmarkt

Den Forschungsstandort Schweiz stärken
(8. Februar 2010)

Medienmitteilungen

Volksschule

Volksschule: Fokus auf das Wesentliche
(22. Juni 2010)

Forschung & Technologie

Forschungsfreiheit bei Umsetzung bewahren
(7. März 2010)

Regulatorisches

Vernehmlassungen

Regulatorisches allgemein

Gegen die Einführung der Verfassungs-
gerichtsbarkeit (23. Mai 2011)

Unternehmensrecht & Corporate Governance

Vernehmlassung zur Änderung des
gesetzlichen Verzugszinses (Art. 104 OR)
(30. November 2010)

Konsumentenpolitik, Unternehmensrecht & Corporate Governance

Stellungnahme zur Änderung der Verordnung
über die Bekanntgabe von Preisen
(5. Oktober 2010)

Konsumentenpolitik

Verlängerte Verjährungsfristen im Kaufrecht:
Änderung von Art. 210 OR (29. September 2010)

Unternehmensrecht & Corporate Governance

Anhörung zum Beschwerderecht von
Umweltschutzorganisationen
(14. September 2010)

Finanzmarktregulierung

Regulierung der Eigenmittelunterlegung und
Risikoverteilung (24. August 2010)

Verfahrensrecht

Verordnung über die Unternehmens-
Identifikationsnummer (UIDV) (3. August 2010)

Verfahrensrecht

Bundesgesetz über das Messwesen
(3. August 2010)

Unternehmensrecht & Corporate Governance

Vernehmlassung Vertikalbekenntmachung
(9. Juni 2010)

Verfahrensrecht

Patentanwaltsverordnung (27. Mai 2010)

Verfahrensrecht, Telekom/IT

Teilrevision des Radio- und Fernsehgesetzes –
Freie Wahl der Set-Top-Box im digitalen
Kabelnetz (17. Mai 2010)

Unternehmensrecht & Corporate Governance

Änderung des Bundesgesetzes über die Börsen
und den Effektenhandel (30. April 2010)

Unternehmensrecht & Corporate Governance

Bundesgesetz über die Rückerstattung
unrechtmässig erworbener Vermögenswerte
politisch exponierter Personen (RuVG)
(23. April 2010)

Wirtschaftsstrafrecht

Parlamentarische Initiative 05.412: Unrechtmässige
Verwendung von Vermögenswerten,
die durch nicht arglistige Täuschung erlangt
wurden (16. März 2010)

Positionspapiere/Studien

Finanzmarktregulierung

Stellungnahme zum FINMA-Vertriebsbericht
2010 (10. Mai 2011)

Unternehmensrecht & Corporate Governance
Neuaufgabe «Swiss Code of Best Practice for Corporate Governance» Deutsch (2. Juni 2010)

Dossierpolitik

Unternehmensrecht & Corporate Governance
Die Revision des Aktienrechts im Spannungsfeld der Politik (16. August 2010)

Unternehmensrecht & Corporate Governance
Fundamentals of effective compliance management (13. April 2010)

Unternehmensrecht & Corporate Governance, Wirtschaftsstrafrecht, Kartellrecht
Grundzüge eines wirksamen Compliance-Managements (12. April 2010)

Medienmitteilungen

Unternehmensrecht & Corporate Governance
Indirekter Gegenvorschlag mit Verbesserungspotenzial (1. Juni 2011)

Unternehmensrecht & Corporate Governance
Gegenvorschlag zur Initiative Minder unnötig aufgebläht (13. Mai 2011)

Unternehmensrecht & Corporate Governance, Unternehmensbesteuerung
economiesuisse gegen neue Unternehmenssteuer (16. Dezember 2010)

Wirtschaftsstrafrecht
Die Geldwäschereibekämpfung darf nicht zum Vorwand verkommen (3. November 2010)

Unternehmensrecht & Corporate Governance
Konsequenzen sorgfältig abklären (28. April 2010)

Finanzmarktregulierung
Zielgerichtete Umsetzung der Finanzplatzstrategie (25. Februar 2010)

Finanzmarktregulierung, Internationale Steuerfragen
Schweizer Wirtschaft lehnt automatischen Informationsaustausch ab (24. Februar 2010)

Unternehmensrecht & Corporate Governance
Dem Standort Schweiz Sorge tragen (10. Februar 2010)

Veranstaltungen

2. Geldwäschereigesetz-Kongress: Steuerdelikte als Vortaten – verkommt der Kampf gegen Geldwäscherei zum Vorwand? (3. November 2010)

Wettbewerb

Vernehmlassungen

Gesundheitsmarkt
Vernehmlassung zum Krankenversicherungs-Aufsichtsgesetz (KVAG) (9. Mai 2011)

Kartellrecht
Vernehmlassung Revision Kartellgesetz (29. November 2010)

Gesundheitsmarkt
Totalrevision des Alkoholgesetzes: Entwurf eines Spirituosengesetzes und eines Alkoholgesetzes (27. Oktober 2010)

Gesundheitsmarkt
Ordentliche Revision des Heilmittelgesetzes (HMG), 2. Etappe (8. März 2010)

Positionspapiere/Studien

Gesundheitsmarkt
Für eine neue Schweizer Gesundheitspolitik: Leitlinien der Wirtschaft (6. Juni 2011)

Gesundheitsmarkt
Positionspapier zur Umsetzung «Strategie eHealth Schweiz» (31. August 2010)

Gesundheitsmarkt
Gesetzgebungsprojekt über ein elektronisches Patientendossier (14. März 2011)

Gesundheitsmarkt
Positionspapier zur Umsetzung «Strategie eHealth Schweiz» (31. August 2010)

Swissness & Immaterialgüterrecht
Swissness-Vorlage (9. August 2010)

Dossierpolitik

Swissness & Immaterialgüterrecht
Urheberrechtsabgaben: vom Tarifsysteem zum Tarifschunzel (7. Dezember 2010)

Kartellrecht
Kartellgesetzrevision: Bundesrat nimmt Anliegen der Wirtschaft auf (25. Oktober 2010)

Swissness & Immaterialgüterrecht, Zoll und Ursprung
Branchengerechter Swissness-Schutz für einen starken Standort (22. März 2010)

Gesundheitsmarkt
Ein neues Präventionsgesetz: Fluch oder Segen? (1. März 2010)

Medienkonferenzen

Wirtschaft setzt Leitlinien für eine neue Gesundheitspolitik (6. Juni 2011)

Veranstaltungen

Seminar Kartellrecht: Neue Institutionen und Verfahren im Kartellrecht? (12. Oktober 2010)

economiesuisse intern

Medienmitteilungen

Hans Hess und Christoph Mäder neu Vizepräsidenten von economiesuisse (21. März 2011)

Überregulierungen verhindern, Marktwirtschaft stärken (10. Januar 2011)

economiesuisse feiert am Tag der Wirtschaft 10-Jahr-Jubiläum (3. September 2010)

Starke Wirtschaft, starke Schweiz – economiesuisse-Jubiläumsbroschüre (3. September 2010)

Wolfgang Schäuble lobt Verhältnis zur Schweiz (3. September 2010)

economiesuisse wählt neue Vorstandsmitglieder (3. September 2010)

Abstimmungsparolen: einmal Ja, einmal Nein (2. September 2010)

KEP&Mail neu Mitglied von economiesuisse (22. April 2010)

Urs Furrer neuer Leiter Finanzen & Steuern (9. April 2010)

Die Schweizer Wirtschaft 2010 (23. März 2010)

Mit Unternehmergeist und Selbstvertrauen aus der Krise (23. März 2010)

Ursula Fraefel neue Kommunikationschefin (18. März 2010)

Medienkonferenzen

economiesuisse-Jahresmedienkonferenz 2011 (10. Januar 2011)

Mit Unternehmergeist und Selbstvertrauen aus der Krise (23. März 2010)

Veranstaltungen

Direktoren- und Geschäftsführerkonferenz 2011 (28. April 2011)

Tag der Wirtschaft 2010: Innovation und Offenheit als Chance (23. August 2010)

Direktoren- und Geschäftsführerkonferenz 2010 (4. Mai 2010)

Sessionsberichte

Vorschau und Wochenberichte zu jeder Parlamentsession

Sommersession 2011

Spitalfinanzierung, Mittel für die Berufsbildung, Ausdehnung der Schuldenbremse auf AHV und IV, Finanzausgleich, Too-big-too-fail-Eigenmittelvorschriften, Volksinitiative «Sicheres Wohnen im Alter», Neuregelung der Bildungskostenabzüge, AHV, Energiegesetz, UWG, Doppelbesteuerungsabkommen, Hochschulförderungs- und Koordinationsgesetz, Ausstiegsentscheid Kernkraft, Einspeisevergütung KEV, Personenfreizügigkeit, Abbruch Agrarfreihandel, Unternehmenssteuerreform II, Aufgabenüberprüfung für den Bundeshaushalt, Managed Care, Standortförderung: Aufstockung der Mittel für Schweiz Tourismus, Indirekter Gegenvorschlag Minder-Initiative, Bahnreform 2, Volksinitiative «Schluss mit uferlosem Bau von Zweitwohnungen», Rechnungslegungsrecht

Sondersession April 2011

Schienengüterverkehr, erneuerbare Energien, Unternehmenssteuerreform II, Präventionsgesetz, Initiative «Staatsverträge vors Volk», Doppelbesteuerungsabkommen, Freihandelsabkommen mit Peru, keine Regelung für Set-Top-Boxen, Pauschalbesteuerung für Ausländer

Frühjahrsession 2011

Höhere Kredite für den Internationalen Währungsfonds (IWF), Entwicklungshilfe, Initiative «Geldspiele im Dienste des Gemeinwohls», 11. AHV-Revision, 6. IV-Revision, bundesrätlicher Bericht zur Europapolitik, Buchpreisbindung, Managed-Care-Vorlage, CO₂-Massnahmen im Inland, Offroader-Initiative, Gegenentwurf zur Minder-Initiative, Revision des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG), Bahnreform 2, zweite Gotthardröhre, Rechnungslegungsrecht, Mehrwertsteuer, Volksinitiative «Sicheres Wohnen im Alter», Konsolidierungsprogramm für den Bundeshaushalt, Landwirtschaft, Bildung, Bundesgesetz über Banken und Sparkassen, Motionen Postfinance-Gelder für KMU-Kredite, Atomenergie

Wintersession 2010

Voranschlag 2011, Freihandelsabkommen Peru, Regulierung der Bücherpreise, Landwirtschaft, Bericht des Bundesrats zur Europapolitik, Gegenvorschlag zur «Offroader-Initiative», Revision des Rechnungslegungsrechts, Eisenbahnfinanzierung 2011–2012, Anstellungspflicht von Behinderten, Einheitssatz in der Mehrwertsteuer, Handelshemmnisse im grenzüberschreitenden Online-Handel, indirekter Gegenvorschlag Minder-Initiative, Managed Care, Änderung des Bundesgesetzes über Radio und Fernsehen (RTVG)

Herbstsession 2010

Mietrechtsrevision, 11. AHV-Revision, Revision des Rechnungslegungsrechts, Infrastruktur-fond, Postmarktliberalisierung, 11. AHV-Revision, Sanktionssystem für das Schweizer Kartellrecht, Offroader-Initiative, Raumplanungsgesetz, Finanzierung der schweizerischen Eisenbahninfrastruktur, Bundesgesetz gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG), Hochschulförderungs- und Koordinationsgesetz (HFKG), Alpenkonvention, Bericht über Wirkung der Umwelttechnologieförderung 2002–2006, Förderung ökologischer und innovativer Wirtschaftsinitiativen

Sommersession 2010

Gegenvorschlag Minder-Initiative auf Gesetzesstufe, CO₂-Ausstoss von Gaskombikraftwerken, Revision des CO₂-Gesetzes, Erhöhung der Wasserzinsen, Doppelbesteuerungsabkommen, Alpenkonvention, Staatsvertrag mit den USA betreffend UBS-Kundendaten, 11. AHV-Revision, Abkommen Zollerleichterungen und Zollsicherheit, Zulassung von ausländischen Hochschulabsolventen, Amts- und Rechtshilfe, Managed-Care-Vorlage, SP-Volksinitiative «Für faire Steuern. Stopp dem Missbrauch beim Steuerwettbewerb», 6. IV-Revision, Luftfahrtgesetz, Verkehrsinfrastruktur

Frühjahrsession 2010

11. AHV-Revision, erleichterte Zulassung von Ausländern mit Schweizer Hochschulabschluss, Güterkontrollgesetz, Aussenwirtschaftspolitischer Bundesbericht für das Jahr 2009, Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und den Staaten des Golfkooperationsrats, 4. Revision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes (AVIG), Kostenentwicklung im Gesundheitswesen und Prämienhöhungen in der Krankenversicherung, Gentsch-Moratorium, Minder-Initiative, Kompensation der CO₂-Emissionen von Gaskombikraftwerken im Inland, Landwirtschaft, Entwicklungshilfe, Teilrevision des Luftfahrtgesetzes, Steuerreform, Klima-Initiative, Aufwandbesteuerung, revidiertes Doppelbesteuerungsabkommen, Abkommen Zollerleichterungen und Zollsicherheit

Newsletter

04/2011

Aussenwirtschaftliche Handlungsfreiheit bewahren/Zwölf Massnahmen zur Stärkung des Binnenmarktes/Brüssel will eine umweltfreundlichere Energiebesteuerung/Erfolgreiche Wirtschaftsmission Indien/Historisches Rekordhoch von Seepiraterie/Sichere Stromversorgung bleibt prioritär/Bundesrat unterbreitet direkten Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Ja zur Hausarztmedizin»/Unternehmensstandort Schweiz nicht schwächen/Vernehmlassung zur Einführung der Verfassungsgerichtsbarkeit

03/2011

Fakten vor Schnellschüssen in der Energiepolitik/Revision CO₂-Gesetz: Dringender Korrekturbedarf/economiesuisse für «Too big to fail»-Vorlage im Sinne der Expertenkommission/Revision der Schwellenwerte: Entlastung für KMU/ Kolumne: Der Anfang vom Ende des Steuerwettbewerbs?/Kapitaleinlageprinzip: beseitigt Standortnachteil/Beschlüsse des EU-Wettbewerbsrats/Der Verband Schweizerischer Privatschulen/Revision des Sanierungsrechts: Verbesserungen sind nötig/Für eine langfristig ausgerichtete Standortförderung des Bundes

02/2011

Umbrüche im arabischen Raum auch als Herausforderung für uns/Entwicklung im arabischen Raum: Auswirkungen auf Exporte und Ölpreis/Unternehmenssteuern: Reformen nötig/Digitale Agenda 2020/Raumentwicklung muss sich an der Nachfrage ausrichten/Dem schwachen Euro trotzen/Die Europa-2020-Strategie treibt zu viele Blüten/Nationale Optik bei der Verkehrsfinanzierung/Einheitskasse führt zu Staatsmedizin/ Innovation: Schweiz verteidigt Spitzenposition/Glasfasern im Wettbewerb/EU auf dem Weg zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft/Chancen und Herausforderungen im Trade Finance

01/2011

Mühleberg: Klares Bekenntnis zur Wirtschaft!/Nein zu einem interventionistischen Aktienrechts-Korsett/Ziel: Finanzierung des Gesundheitswesens aus einer Hand/Stromlücke: Wenig überzeugende Argumente der Gegner/Starker Franken: Es gibt keine einfachen Patentrezepte/Kolumne aus Brüssel: Schweiz als eine der führenden Forschungsstätten Europas/Bundesfinanzen: Braucht es eine neue Finanzpolitik?/Die Energieagentur der Wirtschaft feiert 2000 Klimaschützer/Public Private Partnership im Landverkehr/Ohne Werbung kein Wettbewerb/Glasfasern im Wettbewerb

10/2010

Klimaschutz: eine Daueraufgabe der Wirtschaft!/Konsolidierungsprogramm: notwendig, aber nicht hinreichend/Glasfasermarkt nicht durch unnötige Regulierung gefährden/Klares Bekenntnis zum Steuerwettbewerb/Kolumne aus Brüssel: BUSINESSEUROPE – rosige Zukunft, aber Lehren aus der Krise ziehen/Indirekter Gegenvorschlag zur Initiative Minder/Neue Energiestrategie der EU für 2020/Bessere Zahlungsmoral dank höherem Verzugszins-satz?/Freihandelsabkommen mit Russland vor Aufnahme der Verhandlungen/JFZ Entrepreneur: Es braucht mehr unternehmerischen Mut in der Schweiz/ECO SWISS – Umweltschutz von Wirtschaftsseite/Klimawandel: Die Wirtschaft muss Teil der Lösung sein

09/2010

SP-Initiative zerstört Arbeitsplätze!/Freiwillige Vereinbarungen sind besser als Vorschriften/Bundesfinanzen 2011: Erstes Defizit seit sechs Jahren/Weiterbildungsgesetz: Hehre Ziele, viele Gefahren/Entwurf zur Totalrevision des Alkoholgesetzes unbefriedigend /Geldwäschereibekämpfung verkommt zum Vorwand für allerlei/Schweizer Wirtschaft trifft hochrangige Vertreter der EU/Kriterien zur Auswahl von Verkehrsprojekten/ICC: Revision der Einheitlichen Richtlinien für auf Anforderung zahlbare Garantien

Aktivitäten Januar 2010 – Juni 2011

08/2010

Nein zur schädlichen Steuerinitiative!/Frankenstärke wird anhalten/Teilerfolg bei der Vorbereitung zum neuen Präventionsgesetz/Urheberrechtsabgaben – Das Tarifsysteem stösst an seine Grenzen/Wirtschaft fordert Nachhaltigkeitsregel für die IV/economiesuisse fordert Schuldenbremse für alle Sozialversicherungen/Infrastrukturbericht des Bundes mit Fokus Verkehr/Hochschulförderungs- und Koordinationsgesetz: Auf halbem Weg stecken geblieben/Incoterms®: Revision der Handelsklauseln für eine globalisierte Welt

07/2010

Rechnungslegung: KMU-Verträglichkeit sicherstellen!/Tag der Wirtschaft: 10 Jahre economiesuisse/Der langsame Umbau der globalen Energieversorgung/Arbeitslosenversicherung: Noch höhere Lohnabzüge verhindern/Institutionelle Revolution im Kartellrecht/Treffen mit Staatspräsident von Ghana/Bericht zum rechtlichen Regelungsbedarf bei der eHealth-Strategie/Investitionshemmnisse beseitigen/Nationale Bildungsstandards müssen umfassender sein/Mehrwertsteuer: Inkonsequenter Entscheid der nationalrätlichen Wirtschaftskommission/ICC: ifo-Umfrage – Aufschwung setzt sich verlangsamt fort

06/2010

Auf rentable Investitionen setzen/Sichere Stromversorgung mit erneuerbarer und Kernenergie/Agrarfreihandel mit der EU – funktioniert auch in schwierigem Umfeld/Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur vereinfachen/ Einheitssatz und einfachere Praxis bei der Mehrwertsteuer/Mehr Fairness in Kartellverfahren/Volksschule – weniger ist mehr/Koordinierte Kommunikation in Brüssel/EFTA unterzeichnet Freihandelsabkommen mit der Ukraine/US-Gerichtsverfahren – Unternehmen mit extraterritorialem Recht konfrontiert/ Neue Version der Incoterms®-Regeln der ICC im September erhältlich/Glasfasernetz national ausbauen

05/2010

Eurokrise: Schuldenbremse für die EU nötig!/Stromabkommen Schweiz – EU: Prioritäten setzen/Keine Alternative zum Staatsvertrag mit den USA/Notwendiges, aber noch ungenügendes Konsolidierungsprogramm/Vertikale Abreden wie in der EU behandeln/Die IV-Sanierung vorantreiben/Kostenprognosen für das Gesundheitswesen nach oben korrigiert/Unnötig scharfer Kurs bei der Eigenmietwertbesteuerung/Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen mit Vietnam/Schweizer Wirtschaft bei OECD gestärkt/Basel III: Die ICC will die Auswirkungen genau untersuchen

04/2010

Wirtschaft begrüsst Aufhebung der Kontingente zur Sicherung der Standortqualität!/Sinn und Unsinn von ökologisch motivierten Subventionen/Staatsvertrag mit den USA für Wirtschaft entscheidend/Ständerat will Pauschalbesteuerung beibehalten/Keine Aufsichtsabgabe für die Zivilluftfahrt/ Wie kann Europa seine Wettbewerbsfähigkeit steigern?/ Handelsfinanzierung: gemischte Aussichten für 2010/ Gestaltungsempfehlungen für KMU

03/2010

Alllasten abwerfen – zugunsten des Standorts Schweiz/Strategische Ausrichtung der Post – Fokus muss auf Kerngebieten liegen/Halbierung der Kontingente für Drittstaatsangehörige schadet Wirtschaftsstandort/economiesuisse in «Expertengruppe e-health» des Bundes/ Klimapolitik gemeinsam mit der Wirtschaft/ Swissness – Besserer Schutz von «Swiss made»/Strommarkt ohne unnötige energiepolitische Zutaten/Bahn 2030: Finanzierung setzt falsche Anreize/Erste Schritte nach Kopenhagen: Rolle der Privatwirtschaft

02/2010

Rechtssicherheit vor Steuerpolizei!/Attraktivität des Forschungsstandorts Schweiz erhalten/Rentendebakel mit einem JA am 7. März verhindern/Die Tage der Vereinfachten Ausfuhrregelung VAR sind gezählt/Wachstumspolitik 2008–2011: economiesuisse fordert Kurshalten/Schiefelage bei der SBB-Infrastruktur – es braucht einen Systemwechsel/Verfehlte Verlängerung des Krippen-Impulsprogramms/ Glasfaser-Roundtable: Erfolg zeichnet sich ab, Fragen bleiben offen/BUSINESSEUROPE prognostiziert 1,2 Prozent Wachstum für die EU im Jahr 2010/Aus einer Steueramnestie Kapital schlagen/ICC: ifo-Indikator – Asien sorgt für ein steigendes Weltwirtschaftsklima/ Wirtschaftspolitik für die Schweiz 2010

01/2010

Rentendebakel verhindern!/Für ein starkes Schweizer Aktienrecht/Vizepräsident Li Keqiang unterstützt Freihandelsabkommen Schweiz – China/Flexible und praxistaugliche Swissness-Vorlage gefordert/Revision CO₂-Gesetz: Ja zu realistischen Zielen/Bruchlandung für Spaniens grüne Jobmaschine/ Ja mit Vorbehalt zu einem Systemwechsel/In Memoriam – Daniel Rüthemann/Totalrevision der Postgesetzgebung – Verunsicherung ist gross/EU-Ratspräsidentschaft: Spanien zu dritt/ Keine rückwirkende Besteuerung von internationalen Fusionen/ICC: Rahmenwerk für Werbung und Marketing mit Umweltbezug



Die Schweizer Wirtschaft in Zahlen

542 Milliarden Franken Bruttoinlandsprodukt
75 073 Franken BIP pro Kopf
218 454 Millionen Franken Staatsverschuldung
1. Platz in der Wettbewerbsfähigkeit
1. Platz im EU Innovation Scoreboard
108,7 Patente pro Million Einwohner *
Arbeitslosenquote: 3,1 Prozent **
Schuldenquote: 51 Prozent **
3,0 Prozent des BIP für Forschung und Entwicklung
2,6 Prozent BIP-Wachstum
Drei Schweizer Städte unter den Top 10 der Städte mit der höchsten Lebensqualität (Zürich 2., Genf 3., Bern 9.)
Inflation: 0,9 Prozent **

economiesuisse
Verband der Schweizer Unternehmen
Hegibachstrasse 47
Postfach
CH-8032 Zürich

economiesuisse
Fédération des entreprises suisses
Carrefour de Rive 1
Case postale 3684
CH-1211 Genève 3

economiesuisse
Verband der Schweizer Unternehmen
Spitalgasse 4
Postfach
CH-3001 Bern

economiesuisse
Federazione delle imprese svizzere
Corso Elvezia 16
Casella postale 5563
CH-6901 Lugano

economiesuisse
Swiss Business Federation
Avenue de Cortenbergh 168
B-1000 Bruxelles

www.economiesuisse.ch